



Gorleben Rundschau

Wir sind die Wenden: Energie • Klima • Mobilität • Gesellschaft

IV-VI/2025 • # 1095



Kultur

Kulturelle Landpartien gibt es viele in Deutschland. Aber keine davon ist so kontinuierlich erfolgreich, so individuell und so anarchisch wie die KLP im Wendland.

Demokratie

Das einst geplante Endlager im Wendland wird seit November letzten Jahres zugeschüttet. Politik und Gesellschaft prallten hier über Jahrzehnte aufeinander. Eine Lektion.

Erfolg

Deutschland auf dem Königsweg: Mit hoher Wahrscheinlichkeit wird der Schwung der Energiewende den so lautstark propagierten Ausbau der Atomenergie verhindern.



In der ZDF-Sendung *Querschnitt* (eine Art Vorgängersendung von *Leschs Kosmos*) hat Hoimar von Ditfurth schon 1978 den Klimawandel erklärt – und die Folgen ziemlich präzise vorhergesagt.

Foto Cover: bby; Foto S. 2: ZDF; Foto S. 3: PubliX/lewinig

Impressum

47. Jahrgang
Ausgabe 1095
April, Mai, Juni 2025

Die Gorleben Rundschau ist ein kostenloses Informationsblatt der Bürgerinitiative Umweltschutz Lüchow-Dannenberg e.V.

Kontakt
Rosenstraße 20
29439 Lüchow
Telefon: 05841-4684

Mail und Internet
service@gorleben-rundschau.de
redaktion@gorleben-rundschau.de
www.gorleben-rundschau.de

Ältere Ausgaben
Ältere Ausgaben können von unserer Website heruntergeladen werden.

Verantwortlich (V.i.S.d.P.)
Andreas Conradt
Torsten Koopmann

Ständige Mitarbeiter
Wolfgang Ehmke, Anna Gäde
Wilma Wallat

Produktion
Layout: Andreas Conradt
Korrektur: Wilma Wallat

Weitere Text- und Bildrechte
wie namentlich gekennzeichnet

Urheber von Abbildungen, deren Quelle wir nicht ermitteln konnten, bitten wir freundlich um Kontaktaufnahme unter: redaktion@gorleben-rundschau.de

Hinweis
Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben allein die Meinungen der Verfasserinnen und Verfasser wieder.

Druck
die Umweltdruckerei GmbH, Hannover
Zertifikat: klimaneutral gedruckt



Papier
Circle Offset Premium White
Zertifikat: Blauer Engel

Druckfarbe
Flint-Novavit F 900 EXTREME BIO



Martin Donat ist Vorsitzender
der Bürgerinitiative Lüchow-Dannenberg

Haben wir noch alle Tassen im Schrank?

Die Wahlen sind entschieden, und wieder einmal zeigen sich Fluch und Segen der repräsentativen parlamentarischen Demokratie. Weil der Wahlkampf in weiten Teilen postfaktisch mit markigen Sprüchen und populistischen Problemlösungen auf dem Bierdeckel geführt wurde, erwarteten nun viele der Wählenden harte Kurswechsel zurück in eine fossil-patriarchale Zeit, als die Welt angeblich noch in Ordnung war. Seine letzte Wahlkampfreda hielt der Spitzenkandidat der Gewinnerpartei im Münchner Hofbräukeller und kündigte an, fortan Politik für eine Mehrheit im Land zu machen, die „noch alle Tassen im Schrank“ habe, und nicht „für irgendwelche grünen und linken Spinner auf dieser Welt“. Wen verwunderts übrigens, dass noch alle Tee- und Kaffeetassen im Schrank hat, wer ohnehin lieber Bier trinkt?

Seine beleidigte Beleidigung richtete er übrigens ausdrücklich an die zahlreichen Kritikerinnen seiner wohlkalkulierten Abstimmung(en) mit der AfD, wie beispielsweise die „Omas gegen Rechts“, denen auch unsere Ex-Kanzlerin ihre Unterschrift lieh. Tausende Tassen gingen daraufhin als Protest zum ersten Merz in der CDU-Parteizentrale ein. Die wahren Populisten ließen sich von diesem Theaterdonner ohnehin nicht beeindrucken. Dass es im Parlamentarismus zur Regierungsbildung auch der Mehrheitsfindung bedarf, die dann in Koalitionsgesprächen als Regulativ (oder eben als Blockade) wirken kann, hatte schon in der Ampelkoalition nicht verstanden, wer einen Sprung in der Tasse hatte. Angeblich tendieren in ihrer trumpon Enttäuschung inzwischen bereits ein Viertel des deutschen Wahlvolkes zu den Faschisten.

Wovon sie träumen, das ist wohl die „starke Führerfigur“, die – wie in autoritären Regimen, vielen Präsidialsystemen und manchen unvollständigen Demokratien – „einfach mal aufräumt“ und sich nicht mehr mit der „Quasselbude“ des Parlamentes ins Vernehmen setzen muss. Was das für die pluralistische Zivilgesellschaft heißt, ist an immer mehr Orten auf der Welt zu erfahren. In Russland werden Initiativen zu „aus-

ländischen Agenten“ deklariert und der Steuerhinterziehung angeklagt. Seit dem Überfall auf die Ukraine sind die meisten unserer Freunde außer Landes geflohen. In der Türkei wird die Opposition unter dem Vorwurf des Terrorismus verfolgt und werden Demonstrationen dagegen verboten. In den USA werden nun angeblich Touristen schon in Abschiebehaft genommen, wenn sich auf ihren Handys nur kritische Posts über den über alle Zweifel erhabenen größten Präsidenten aller Zeiten finden. Die Einschüchterung und Kriminalisierung von Protest und Widerstand haben System. Was gegen diese totalitären Bestrebungen helfen könnte, hat die Geschichte gelehrt: Es sind Zivilgesellschaft, Zivilcourage und ziviler Ungehorsam. In einem Bundesland, in dem sich seit 1957 (und eigentlich seit 1946) immer nur eine konservative „Volkspartei“ an die traditionelle Machtausübung gewöhnt hat, stehen nun couragierte junge Menschen der (ehemals) „letzten Generation“ vor Gericht, da sie angeblich eine „kriminelle Vereinigung“ zur Ausübung von Straftaten gebildet hätten. Für uns im Wendland ein echtes *Deja Vu*, brachten wir doch vor 42 Jahren unter diesem Vorwurf den „Kriminaltango – Lüchow-Dannengerger Passionsspiele“ auf bundesdeutsche Bühnen (heute übrigens ein Paradebeispiel der Bundeszentrale für politische Bildung).

Wenn nun die (zugegebenermaßen oft gewöhnungsbedürftigen) Aktionen der „Neuen Generation“, die sich übrigens auch Gandhi zum Vorbild gewählt haben, die Bildung einer „kriminellen Vereinigung“ sein sollten, was wäre dann bitte eine politische Koalition, die sich nicht nur die Verletzung internationalen Asylrechtes, sondern auch gleich noch dem Bruch des Klimaschutzgesetzes und der Pariser Klimaziele und des Raubbaus an der Zukunft kommender Generationen verschrieben hätte?

Wir hoffen auf die unabhängige Justiz, das parlamentarische Regulativ und vor allem darauf, dass der künftige Bundeskanzler nicht nur Flaschen im Schrank hat.



Das Fest zum Protest

Kulturelle Landpartien gibt es viele in Deutschland. Aber keine davon ist so kontinuierlich erfolgreich, so individuell und so anarchisch wie die KLP im Wendland. Von Helmut Koch, Michael Seelig und Andreas Conradt.

Wie so viele Konflikte begann auch die Schlacht um Gorleben – so hat das *Greenpeace-Magazin* noch 2015 getitelt – mit einem Fingerzeig auf die Landkarte. Der Plan für ein AKW in Langendorf an der Elbe war zwar schon Mitte der 1970er-Jahre aufgegeben worden, aber, so schien es den Menschen im Wendland damals, nur um Schwung zu holen für ein noch gewaltigeres Projekt: Als Ministerpräsident Ernst Albrecht (CDU) am 22. Februar 1977 mit ausgestrecktem Mittelfinger auf das kleine Fischerdorf im östlichsten Zipfel Westdeutschlands zeigte, war der Name Gorleben jenseits der Grenzen Lüchow-Dannenberg völlig unbekannt. Ein NEZ sollte hier

entstehen, so der einmütige Wille von Bund und Land, ein „Nukleares Entsorgungszentrum“ gigantischen Ausmaßes. Geplant war eine Wiederaufarbeitungsanlage, eine Brennelementefabrik, ein Zwischenlager für abgebrannte Brennelemente, eine Verpackungsanlage für atomare Abfälle und ein Endlager im Salzstock Gorleben-Rambow. Nach der Bekanntgabe wurde Albrecht von einem Journalisten gefragt, ob die völlig überraschende Bestimmung Gorlebens als Standort für das NEZ auch etwas mit den geringen zu erwartenden Protesten zu tun habe. Immerhin war das Wendland dünn besiedelt und zudem fest in der Hand der CDU. Hastig, fast ein wenig schüchtern,

sagte Albrecht damals in die Kamera: „Das kann sich sehr schnell ändern.“ Damit, immerhin, sollte er Recht behalten! Tatsächlich konnte in gut vierzig Jahren Widerstand das Allermeiste verhindert werden. Außer den Zwischenlagern für schwach- und mittel-, vor allem aber für hochradioaktiven Müll ist nichts geblieben von den großen Plänen. Vierter Diskussionen hatte es bis dahin bedurft, Gremienarbeit und der Gründung einer neuen Partei, Demonstrationen in den Dörfern und Städtchen, Blockaden auf Schienen und Straßen. Doch das allein ist nicht – so darf man es heute wohl nennen – das Wunder von Gorleben. Der Fingerzeig auf die Landkar-

te Norddeutschlands war nämlich nicht der Anfang vom Ende des Wendlands, eher schon der Anfang vom Ende des Atomzeitalters in Deutschland, ganz sicher aber der Anfang einer jahrzehntelang lebendigen, bunten, fantasievollen Protest- und Widerstandskultur. Betonung natürlich auf Protest und Widerstand. Betonung aber auch auf Kultur!

Denn immer dann, wenn es gerade keine Scharmützel in und keine großen Schlachten um Gorleben gab, besannen sich die Menschen im Wendland auf die Entwicklung Ihres Umfelds: Dorfprojekte und landwirtschaftliche Kooperativen, regionale Entwicklung und erste Versuche mit erneuerbaren Energien, politische Bildung und Aufbau einer vielfältigen Kulturlandschaft standen dann im Vordergrund.

„Auf dem Land is' nix los!“, heißt noch heute ein gängiger Spruch. Wer so urteilt, für den hat das Wendland eine Menge Überraschungen parat, nicht zuletzt die *Kulturelle Landpartie* (KLP). Auch für sie hat Ernst Albrecht mit seinem Fingerzeig vor fast fünfzig Jahren den Grundstein gelegt.

Schon 1989 hatte sich der seit '85 bestehende *Pfingstmarkt Kukate* zum Vorläufer der *Kulturellen Landpartie* weiterentwickelt. Im Falblatt dieser neuen *Wunde.r.punkte Wendland* stand 1990: „wunde.r.punkte wendland heißt ein Programm, mit dem bereits im vergangenen Jahr Künstler und Handwerker, politische, ökologische und christliche Initiativgruppen, Bewegte und Unentwegte sich und ihr Leben vorgestellt haben: ein Leben im Schatten von Gorleben – zwischen Utopie und Alltag, zwischen Auflehnung und Anpassung.“ Als Kontrast und in Anspielung an die medialen Bilder und Geschichten rund um die mit aller Härte geführten Auseinandersetzungen um die Atomanlagen in Gorleben wurde ein Schlachtruf geboren, der auch Jahrzehnte später nichts an Aktualität verloren hat: „Kommt her, schaut uns an, wir sind die Chaoten!“

Im Protokoll eines ersten Vorbereitungstreffens für die *Wunde.r.punkte Wendland* im Oktober 1989 schrieb KLP-Mitbegründer Helmut Koch: „Der Zusammenschluß jener, die hier aktiv werden, ist weder rein zufällig



Auf der KLP gehen Protest (Bild links) und Kultur (Bild oben) Hand in Hand

noch beliebig. Die gemeinsamen Wurzeln liegen im Widerstand gegen die Atomanlagen und dem Lebensgefühl, anderes zu wollen als abhängig zu arbeiten und sich feierabends vom Fernseher leben zu lassen. Das, was über Pfingsten gezeigt, demonstriert, ausgestellt werden soll, ist nicht die Spitze des Eisberges, die politische Demonstration, sondern ein Teil der Kultur dieser Region, der versucht, der Entfremdung der Arbeit, der Trennung zwischen Leben und Produzieren, der Zerstörung der menschlichen Bindungen in der modernen Industriegesellschaft entgegenzuleben. Jeder auf seine eigene Art. Widerstand gegen Atomanlagen beschränkt sich nicht auf spektakuläre Aktionen und ist nicht auf den Bereich Atom begrenzt, sondern zieht sich durch alle Bereiche des Lebens. ‚Widerstand‘ ist tägliches Leben.

Dieses Tägliche kann aber auch zermürben; da findet Vereinzelung statt, und der Gesichtskreis verengt sich. Deswegen ist es nicht nur Bedürfnis zu zeigen, was hier geschieht, sondern es besteht auch das Bedürfnis nach eigenem Tun – sich (wieder-)erleben. Gemeinsame Arbeit verbindet mehr als gemeinsamer Konsum. So wollen wir hier gemeinsam aktiv werden und gleichzeitig zeigen, daß ‚Gorleben lebt‘.“

Als zusammenfassende Konsequenz wurde von Protokoll-Versasser und ebenfalls KLP-Urgestein Michael Seelig ein Titel vorgeschlagen, der auf ein für den Gorleben-Widerstand eminent wichtiges Ereignis verwies: *1004/ WUNDEr PUNKTe WENDLAND*. Woher plötzlich diese Zahl?

Noch heute erinnert die Gestaltung einiger *Wunde.r.punkte* an das Hüttendorf, das 1980 von Atomkraftgegnern auf der Bohrstelle 1004 im Forst zwischen Gorleben und Trebel errichtet wurde. Die dort ausgerufene *Republik Freies Wendland* bestand für 30 Tage bevor sie im bis dahin größten Polizeieinsatz der Bundesrepublik geräumt wurde. *1004* ist heute synonym für das Widerstandsdorf und identitätsstiftend für die *Kulturelle Landpartie*. Ein weithin sichtbares Transparent verkündete damals: „Haus und Turm könnt ihr zerstören, aber nicht die Kraft, die es schuf!“ Diese Kraft zeigt sich seither Jahr für Jahr während der KLP zwischen Himmelfahrt und Pfingsten.

Denn die *Kulturelle Landpartie* ist nach wie vor kein x-beliebiger Markt irgendwo auf dem Lande, sondern eine einzigartige und persönlich, kulturell und politisch geprägte, fast zweiwöchige Großveranstaltung im Wilden Osten



Niedersachsens: dem Wendland. Ihre wunderbaren Punkte sind Gegenstück zu dem einen wunden Punkt: Gorleben!

So entstand die KLP aus dem Widerstand gegen das einst geplante *Nukleare Entsorgungszentrum* im damaligen Zonenrandgebiet – und bezieht sich noch heute darauf, schließlich lagern in Gorleben nach wie vor 113 Castorbehälter mit hochradioaktivem Atommüll sowie weitere mittel- und schwachaktive Abfälle. Mittlerweile werden auf den Wunde.r.punkten auch eine Vielzahl anderer besorgniserregender politischer und ökologischer Entwicklungen thematisiert, doch „Gorleben“ ist immer noch die gemeinsame DNA.

Die Diffamierung und Kriminalisierung des Gorleben-Widerstandes war eine der wesentlichen Motivationen, dass bis heute rund 600 Aktive in knapp 100 Dörfern auf fast ausschließlich privaten Grundstücken jährlich rund 1000 Veranstaltungen organisieren.

In zwölf Tagen kommen heute bis zu 70000 Besucher:innen ins Wendland. Sie fahren von Ort zu Ort, durch Wiesen, Wälder und Felder, um kleine Ausstellungen, kleine Märkte, Konzerte, Lesungen, Theater- oder Filmvorführungen zu besuchen.

Es ist der reizvolle Wechsel zwischen dem Erlebnis der offenen Kulturlandschaft und den persönlichen Begegnungen mit den Menschen in den kleinen Dörfern, die ihre Häuser, Werkstätten und Scheunen für den Zwölf-Tage-Kulturbetrieb hergerichtet haben.

Die Organisation der Kulturveranstaltungen erfordert persönliches Engagement und Tatkraft. Kooperationen und Absprachen sind nötig. Alles wird in einem *Reisebegleiter* – einer kleinen Informationsbroschüre, die jährlich dicker wird – sichtbar gemacht. Er ist das verbindende Element der *Kulturellen Landpartie*, denn darüber hinaus ist jede und jeder Veranstalter:in seines eigenen Glückes Schmied und handelt völlig autonom.

Die *Kulturelle Landpartie* ist seit jeher eine große Bühne für Künstler und Lebenskünstler und heute auch ein großer Markt. Für manche gestaltende Handwerker:innen ist die KLP zu einer Ordermesse geworden, die ihnen das ganze Jahr Arbeit sichert. So ist sie über die Jahre ein bedeutender Wirtschaftsfaktor für den Landkreis Lüchow-Dannenberg geworden und erreicht heute eine regionale Wertschöpfung von rund 6 Millionen Euro. Die feilgebotenen Produkte sind in jedem Fall selbstgemacht sowie vorzugsweise regional erzeugt – dazu verpflichten sich alle Betreiber:innen der Wunde.r.punkte. Unter ihnen gibt es einen starken Zusammenhalt, viele kennen sich privat oder sind jenseits der Landpartie auch anderweitig miteinander verwoben.

600 Individualist:innen

und kampferprobte Atomkraftgegner:innen über 35 Jahre hinweg in einem basisdemokratischen Prozess zu dauerhaften Kooperationen zu bewegen, ist die eigentliche Kulturleistung der Akteure. Es herrscht Chaos, aber es funktioniert, und das ist das Lie-

benswerte daran. Die KLP ist – mit allen Vor- und Nachteilen – basisdemokratisch organisiert. Es gibt einen Verein, dessen Mitglieder Projekte entwickeln und vorschlagen. Diese werden von der Mitgliederversammlung diskutiert und beschlossen. Dabei treffen sich regelmäßig zwischen 30 und 60 Betreiber:innen von Wunde.r.punkten. Im Lüchower KLP-Büro arbeiten mehrere Halbtagskräfte und erledigen Bürokratie und Verwaltung. Aber: Die KLP ist keine Firma, öffentliche Förderungen hat es nie gegeben, alle Übergriffe und Vereinnahmungsversuche von außen wurden erfolgreich abgewehrt.

Andererseits sind aus der *Kulturellen Landpartie* mittlerweile mehrere eigenständige Veranstaltungsformen hervorgegangen: Der *Pfingstmarkt* findet heute im Rundlingsdorf Satemin statt. Die *Mützingenta*, die *Wendlandpartie* und *Landgang* haben sich als eigenständige Veranstaltungen ausgegliedert. *Wendland hautnah* betreibt eine Landpartie das ganze Jahr.

Die Landpartie im Wendland wurde bundesweit Vorbild für ähnliche Veranstaltungen: Die *Brandenburger Landpartie* oder *Kunst offen in Mecklenburg* sind Beispiele dafür, allerdings sind diese Events oft Marketingveranstaltungen der Tourismusbranche. Das Original aber, die *Kulturelle Landpartie* im Wendland, soll trotz aller notwendigen Veränderungen bleiben, wie sie immer war: individuell, anarchisch und im wörtlichen wie übertragenen Sinne: handgemacht.

Nachdem im Februar 1977 Gorleben als Standort für eine WAA und ein atomares Endlager benannt worden war, formierte sich sofort ein breiter Widerstand: „Gorleben soll leben!“ Dieser Satz fand sich als Aufkleber oder Stempeldruck auch auf vielen Postsendungen wieder – und führte dazu, dass die Deutsche Bundespost, insbesondere das Postamt Lüchow, allein im Jahre 1979 etwa 600 Briefe der Bürgerinitiative von der Beförderung ausschloss und an den Absender zurücksandte. Begründung: Sie seien eine Sendung „mit Vermerken politischen und religiösen Inhalts“ – gemäß § 13 Abs. 1 der Postordnung nicht erlaubt.

Betroffen waren nicht nur Postsendungen, die die Bürgerinitiative selbst aufgab, sondern (fast) alle Postsendungen, die im Landkreis aufgegeben wurden und/oder den Landkreis von außen erreichten. Jahrelang wurden hunderte, wenn nicht tausende Briefsendungen an ihre Absender zurückgeschickt – beanstandet wegen diverser Stempel oder Aufkleber. Briefe aus dem Ausland bekamen einen Hinweis in französischer Sprache mit.

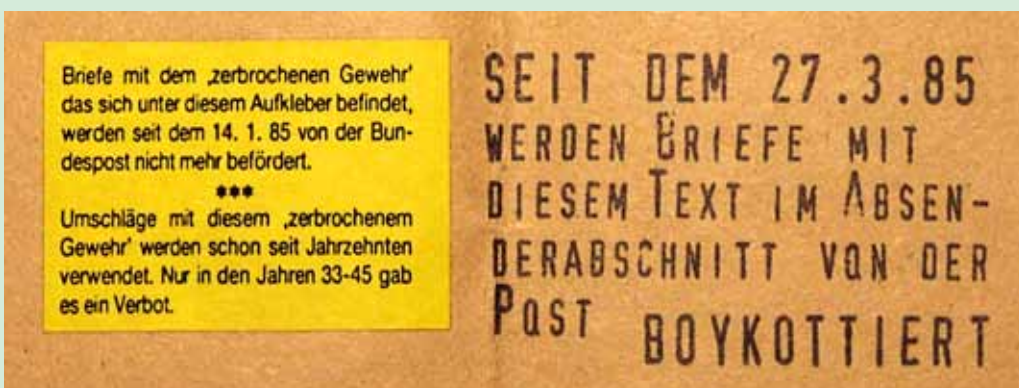
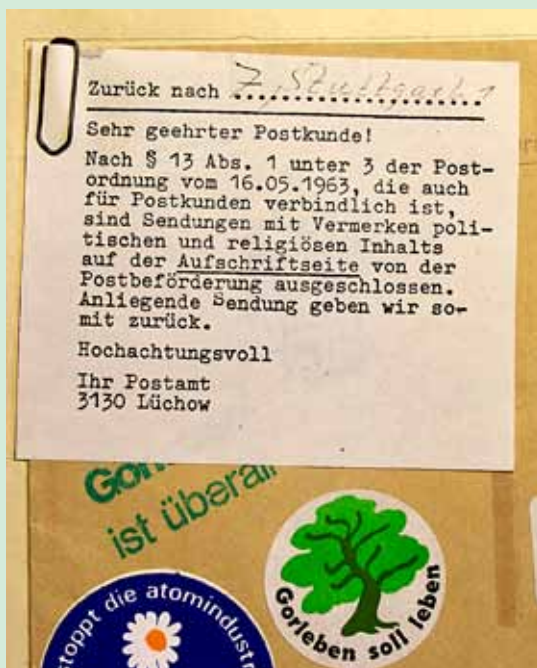
Als Reaktion auf Beschwerden schrieb die Post: „... Ursache und Verursachungsort sind nicht zu ermitteln“ oder „... mutwillige Beschädigungen durch Postbedienstete schließen wir aus.“ In Lüchow-Dannenberg fühlte man sich berufen, die Entscheidungen sehr restriktiv zu fällen. Ein bekannt vehementer Verfechter der Atomenergie (Mitglied des damals atomfreundlichen Kreistages und zugleich leitender Beamter der Lüchower Post) stürzte sich mit großer Verbissenheit in den Kampf für eine korrekte Einhaltung des § 13 der Postordnung. Die Folge: Immer neue Spitzfindigkeiten der Postbehörde sorgten für immer neue fantasievolle Versuche, die amtliche Zensur auszutricksen.

Gorleben war das Reizwort, das es zu vermeiden galt. Aber selbst ohne das gefürchtete ‚G-Wort‘ wurde der Gorleben-Baum zurückgewiesen.

Politische Aussagen zugunsten der Bundeswehr wurden übrigens selten zurückgewiesen, das zerbrochene Gewehr, das Symbol der Deutschen Friedensgesellschaft, dagegen mit großer Regelmässigkeit.

Eine Zensur findet ~~nicht~~ statt

Der Gorleben-Widerstand hat auch ganz abseitige Reaktionen hervorgebracht. Fundstücke von Peter Bauhaus.





oben: Zwischenlager mit PKA, Mitte: ehem. Erkundungsbergwerk, unten: Salzhalde

Was ist los, Gorleben?

Im Wendland ist doch alles super, oder? Wo doch Gorleben vor knapp fünf Jahren aufgegeben wurde? Nun, nicht ganz! Pressesprecher Wolfgang Ehmke beschreibt, warum die Bürgerinitiative Lüchow-Dannenberg immer noch gebraucht wird.

Neulich, im Malersaal des Deutschen Schauspielhauses in Hamburg, gab es einen hochspannenden Talk zum Thema Künstliche Intelligenz und Stromverbrauch in den USA. Moderiert von der Philosophin Eva von Redecker, ihr Gast war der Journalist und USA-Kenner Lukas Hermsmeier: „Was ist los, USA?“, so der Titel.

In der letzten Ausgabe der *Gorleben Rundschau* hatten wir genau zu diesem Thema einen umfangreichen Beitrag veröffentlicht, also fragte ich im Schauspielhaus an, ob es einen Talk mit Publikumsfragen gebe, und ob wir die *Gorleben Rundschau* auslegen dürften. Antwort: zwei-

mal nein. Unsere Reaktion: Wir gehen trotzdem hin, bieten die Zeitschrift trotzdem an und hören gut zu.

Das war in zweierlei Hinsicht interessant. Wir fanden zum einen, dass unser Beitrag informativer war als das, was im Gespräch zwischen von Redecker und Hermsmeier angerissen wurde. Und wir wurden alle mitgebrachten Exemplare der *Gorleben Rundschau* flugs los. „Was, euch gibt es immer noch? Was ist los in Gorleben?“ – das war die häufigste Reaktion der Angesprochenen, als wir vor der Veranstaltung im Theaterfoyer das Heft ein bisschen unter der Hand anpriesen.

Ja, was ist los in Gorleben? Hat sich das Thema nicht erledigt, das ehemalige *Erkundungsbergwerk Gorleben* ist doch vom Tisch. Richtig. Als die Bundesgesellschaft für Endlagerung (BGE) im Herbst 2020 ihren ersten *Zwischenbericht* vorlegte und dabei noch über 50 Prozent der Landesfläche als potenziell geeignet für die Lagerung hochradioaktiver Abfälle auswies, flog der Salzstock Gorleben wissenschaftsbasiert raus. Die Argumente waren so alt wie der Widerstand gegen das Projekt, aber endlich, nach Jahrzehnten, griffen sie. Doch damit sind die Themen Atommüll und Gorleben noch lange nicht abgehakt.

► Das Salz unter die Erde!

Selbst nach dem Aus für Gorleben ließ der Startschuss für den Rückbau des Bergwerks lange auf sich warten. Das hieß für uns erst einmal, unmittelbar Druck zu machen, dass einer der alten Sonderbetriebspläne für den Ausbau des *Erkundungsbergwerks Gorleben* umgesetzt wird. In dem war klar geregelt, dass das Bergwerk zurückgebaut werden muss, sollte der Salzstock sich als ungeeignet für eine Atommülldeponie erweisen. Rund einen Kilometer entfernt vom Betriebsgelände mit der Schachanlage wurde im Wald das Salz aufgehaldet, das für den Ausbau aus dem Untergrund ans Tageslicht gebracht wurde. Das war kein Selbstgänger, sondern ein ganz zäher Prozess. Um im Herbst 2024 endlich grünes Licht dafür zu bekommen, mussten wir recherchieren, demonstrieren, Pressetermine ansetzen ... Ende November war es endlich so weit. Der Traktor mit dem Salz fuhr von der Salzhalde zum Bergwerksgelände, der Rückbau begann. 400 000 Kubikmeter Salz müssen nun wieder unter die Erde, das wird einige Zeit dauern. Solange aber wird es auch jeden Sonntag weiter den Sonntagsspaziergang rund um das Werksgelände geben, denn keine Verordnung, kein Gesetz ist in Steinsalz gemeißelt und nicht revidierbar. Dass es bundesweit, und vor allem in Bayern, Begehrlichkeiten gab und gibt, irgendwie doch an Gorleben festzuhalten, ist bekannt.

► Gorleben raus, Wendland drin!

Die Vorlage des BGE-*Zwischenberichts* im September 2020 bedeutete aber auch, dass wir uns auch beim Fortgang der Endlagersuche einmischen mussten und müssen. Inzwischen hat die BGE erste Gebiete – rund zehn Prozent der ersten Übersicht – aussortiert. Das Wendland ist mit vier potenziell für ein Endlager tauglichen Tongebieten aber weiterhin im Rennen. 2027, so der BGE-Zeitplan, sollen im nächsten Schritt „obertägig zu erkundende Regionen“ benannt werden. Mag sein, dass es acht bis zehn Regionen werden, die dann in die engere Wahl kommen. Wir gehen davon aus, dass die großflächigen Tongebiete in Norddeutsch-



Die PKA (oben) soll abgerissen werden, die Zwischenlager für hoch- (gr. Halle) und mittlradoaktiven Müll (unten) bleiben.

land schon deshalb herausfallen müssen, weil kommende Kaltzeiten den Untergrund durchwalken.

► Bürgerbeteiligung muss sein! Granit auch!

Wir treten jedoch denjenigen entgegen, die beim entfesselten Zeitplan fordern – es dauert bei der Identifikation und Bewertung der potenziellen Endlagergesteine erwartbar deutlich länger, wahrscheinlich bis 2070 –, die Bürgerbeteiligung einzugrenzen oder Granitvorkommen (schon wieder Bayern) grundsätzlich auszuklammern und nur noch auf Salz und Ton als Endlagergestein zu setzen. In Skandinavien soll Granit schließlich das geeignete Endlagermedium sein, da kann man es ja hier nicht so mir nichts, dir nichts ausschließen.

► Langzeit-Zwischenlagerung

Dass die Endlagersuche deutlich länger dauert, als bei der Verabschiedung des Standortauswahlgesetzes (StandAG) unterstellt, hat als Dominoeffekt zur Folge, dass auch alle sechzehn Zwischenlager für hochradioaktive Abfälle deutlich länger betrieben werden müssen als ursprünglich geplant. Wahrscheinlich bis zum Jahr 2100 plus X. Die Castorhalle in Gorleben verliert sogar schon 2034 ihre Genehmigung, 2036 folgen dann die baugleiche Halle in Ahaus und das Zwischenlager in Lubmin/Greifswald. Die Lagerhallen, die für 40 Jahre genehmigt wurden, müssen also weitere 80 bis 100 Jahren halten. Da geht es nicht nur ums „Alterungsmanagement“, auch die Behälter und ihr Inventar müssen einem engmaschigen Monitoring unterzogen

werden. Die Lagerstätten müssen gut gesichert werden, die Bundesgesellschaft für Zwischenlagerung (BGZ) muss den Nachweis erbringen, dass bei einem Störfall keine weiträumige Kontamination passiert, dass die Anlagen gegen Cyber-Angriffe, Terroranschläge, Drohnen oder Flugzeugabsturz gesichert werden können. Und am Ende der Zwischenlagerung müssen alle Behälter auch immer noch transportfähig sein. Sie sollen, so unser Standpunkt, auch nur noch einmal transportiert und nicht mehr hin- und herverfrachtet werden.

Die ersten Vorbereitungen für das neue Genehmigungsverfahren sind bereits angelaufen: viel Arbeit für uns, und umso wichtiger wird es, das gelbe Widerstand-X aufzupolieren. Wir sind gegen jeden weiteren Atommülltourismus. Wenn aber die 113 Behälter in Gorleben dort weitere 100 Jahre stehen, dann muss es deutlich mehr Sicherheit geben. Die Halle mit ihren geringen Wand- und Deckenstärken bringt es nicht.

► Die Peripherie im Blick

Was auch noch in Gorleben steht, ist eine Halle mit schwach- und mittelaktiven Abfällen. Betriebsdauer unbegrenzt! Daneben soll eine weitere Halle errichtet werden für die Abfallkonditionierung. Die Pilot-Konditionierungsanlage (PKA) hingegen, in der einst das Umverpacken des hochradioaktiven Mülls aus Castor- in endlagerfähige Polluxbehälter erprobt werden sollte, macht ohne Endlager in Gorleben keinen Sinn und sollte abgebaut werden. Selbst die BGZ sieht das so, da immerhin herrscht Einigkeit: Abriss? Ja bitte!

Von Gorleben kann Deutschland bis heute lernen

Das geplante Endlager im Wendland wird seit November letzten Jahres zugeschüttet. Politik und Gesellschaft prallten hier über Jahrzehnte aufeinander. Eine Lektion. Gastbeitrag von Heribert Prantl



Räumung einer Schienenblockade bei Hitzacker beim Castortransport 2010

In Gorleben hat die deutsche Politik viel gelernt. Sie hat gelernt, dass man mit Wasserwerfern Demonstranten zwar wegspritzen, aber keine Überzeugung herbeispritzen kann. Sie hat gelernt, dass man mit einem gewaltigen Polizeiaufgebot und notfalls drakonischen Mitteln zwar innere Sicherheit herstellen, aber keinen inneren Frieden erzwingen kann. Sie hat gelernt, dass Polizeibeamte nicht die Gebrechlichkeitspfleger einer Regierung sind und auch nicht die Mediatoren einer gespaltenen Gesellschaft. Nicht zuletzt in Gorleben hat die Politik gelernt, dass Atomkraftwerke in Deutschland keine Zukunft haben. Dieser Lernerfolg muss bleiben, wenn das Kapitel Gorleben nun endgültig vorbei ist: Der Salzstock Gorleben, das dortige Projekt „Atomares Endlager“, ein Endlager-Erkundungsbergwerk, wird seit einer Woche zugeschüttet mit 800 Tonnen Salz pro Tag; 400 000 Tonnen insgesamt werden es in den kommenden drei Jahren sein. Dieses Gorleben war und ist ein Lernort. Es war ein jahrzehntelanges, anstrengen-

des, einschneidendes, tiefschürfendes, erschütterndes und geschichtsveränderndes Lernen. Gorleben wurde in langen Jahren ein Symbol für die ungeklärten Großrisiken der Atomwirtschaft. Gorleben ist heute das deutsche Wort dafür, Fukushima das japanische. In Gorleben im Wendland spielt das deutsche Lehrstück für die Irrungen und Wirrungen der atomaren Politik, für politische Intransparenz, Rechthaberei und Sturheit. In Gorleben im Wendland spielt aber auch ein Lehrstück für Zivilcourage – getragen von bodenständigen Landwirten, von kritischen Hausfrauen und Lehrern, von Bürgerinnen und Bürgern; und hier spielt ein Lehrstück für zivilen Widerstand, der immer dann besonders aufflammte, wenn Atom Müll aus den ausländischen Wiederaufarbeitungsanlagen ins Zwischenlager nach Gorleben transportiert wurde.

► Mühsame Annäherung

Es war ein langes Lernen: Die Schule von Gorleben hat ein halbes Jahrhundert gedauert. In dieser Zeit ist, auch begleitet und beflügelt von den Protesten gegen Gorleben, die grüne Partei entstanden. Und zuletzt hat die CDU/CSU unter der Kanzlerin Angela Merkel lernen müssen, dass ihr nuklearer Glaube ein Aberglauben war. Das war für die Union, die mit diesem Glauben an eine strahlende nukleare Zukunft viele Dutzende Wahlkämpfe bestritten hatte, ein Kulturschock und eine Katastrophe, die sie noch nicht verdaut hat. Die Regierungspolitik hatte den bürgerlichen Pro-

test gegen die Kernenergie oft genug in einen Topf mit kriminellen Anschlägen geworfen; die große Mehrheit hat sich einfach auf die Straße neben den Verladekran gesetzt, wenn ein neuer Castor-Transport kam, die ganze Nacht, hat Kerzen angezündet, war freundlich zu den Polizisten und hat nur dadurch provoziert, dass sie versuchte, partout nicht zu provozieren. Auch in der konservativen Politik wuchs die Einsicht, dass ein Jahrzehnte andauernder Protest wohl einen Punkt hat.

► Gewachsener Widerstand

In Gorleben haben die Menschen genau das getan, was sich die Politik sonst so gern von ihnen wünscht: Sie haben sich hineingearbeitet in die hoch komplizierte nukleare Materie, sie haben sich organisiert, sie haben zusammengehalten, sie haben ihre Freizeit geopfert, sie haben sich in die Problematik der Endlagerung hineingearbeitet und gelernt, was es mit der unendlich strahlenden Zukunft des Atommülls auf sich hat: Nach wissenschaftlicher Erkenntnis muss der für eine Million Jahre sicher verwahrt werden. Sie haben sich einer wichtigen Sache verschrieben. Kinder sind aufgewachsen mit dem Protest gegen Gorleben; der Widerstand ist gewachsen, er wurde zur Volksbewegung – der nach der Katastrophe von Fukushima auch diejenigen erfasste, die sich bis dahin noch nicht klar positioniert hatten. Und auch in der konservativen Politik wuchs die Einsicht, dass nicht der Protest, sondern eine Politik unnormal ist, wenn der Protest gegen sie so groß ist und jahrzehntelang anhält, weil er auf die nicht beherrschbaren Hochrisiken verweist. Der Ausstieg aus der Kernenergie, der am 15. April 2024 finalisiert wurde, als die drei letzten AKWs in Deutschland vom Netz gingen, konnte nur gelingen, weil eine zivil couragierte Gesellschaft ihn nachhaltig vorbereitet hatte: In Gorleben war nicht nur ein Sisyphos, da waren viele Sisyphosse dabei, das Bewusstsein für die Gefahren der Kernenergie wachzuhalten; sie waren eine Gegenmacht zur Kommunikations-, Geld- und Lobbyistenmacht der Atomenergiekonzerne, die zuletzt noch im Spätsommer 2010 von der schwarz-gelben Regierung Merkel eine Laufzeitver-



Ausscheiden des Salzstocks Gorleben aus der Endlagersuche, 2020

längerung für ihre Atommeiler erwirkt hatten.

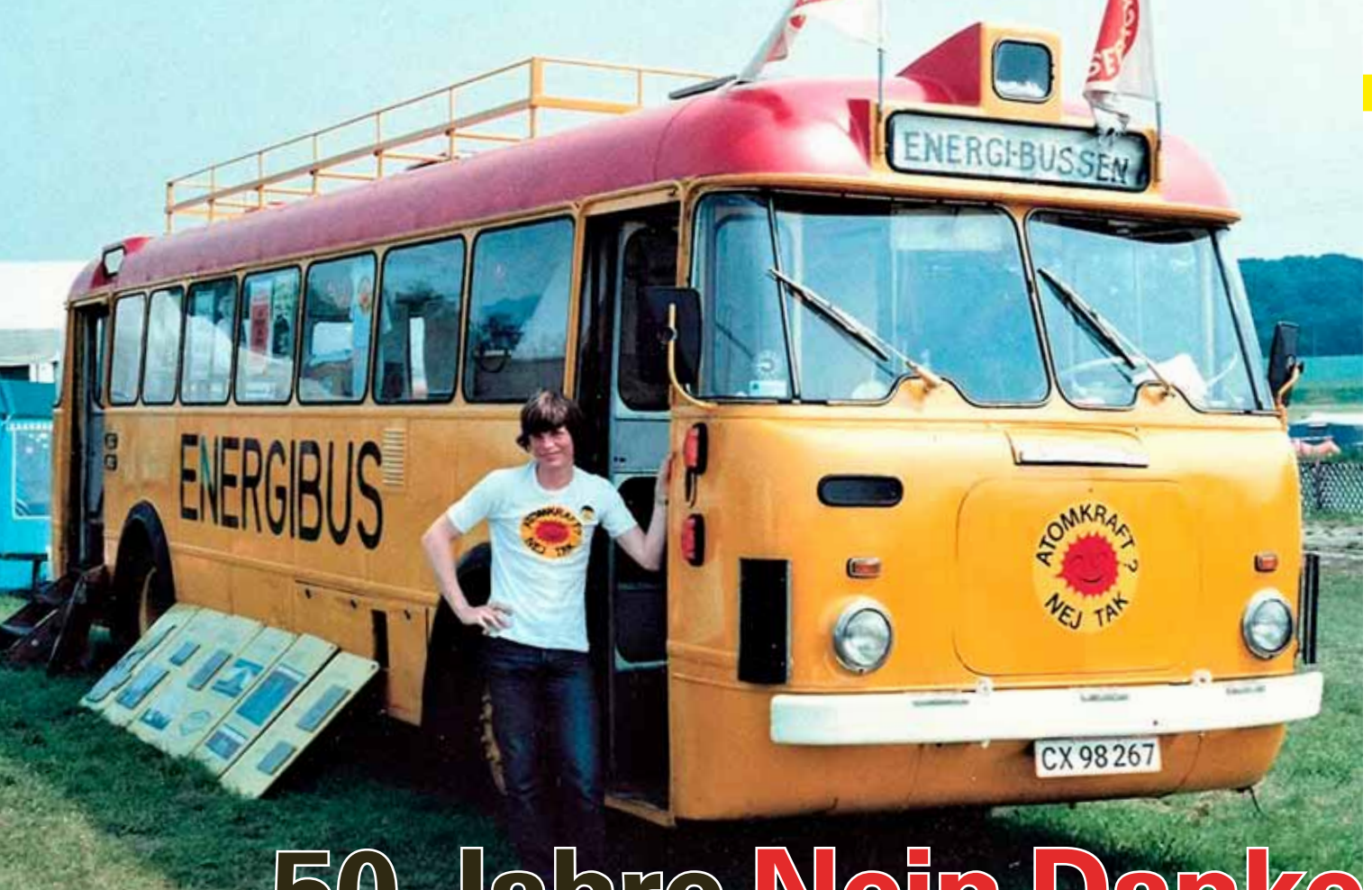
► Rolle rückwärts?

Seit dem Atomausstieg der Regierung Merkel nach Fukushima im Jahr 2011 setzt sich der Widerstand im Wendland vor allem für den Ausbau regenerativer Energien ein. Es gibt aber Leute, die schon wieder von einer Wiederverkehr der Kernenergie träumen; Fukushima ist schon wieder verblasst, die großen Gorleben-Proteste sind vorbei, und der Putinkrieg gegen die Ukraine hat die Atomkraft-Sehnsüchte wieder hochgespült, weil man unabhängig von russischem Öl und Gas sein will. Der bayerische Ministerpräsident Markus Söder (CSU) gehört zu den Atomträumern; der CDU-Vorsitzende Friedrich Merz träumt auch ein wenig. Man hört von ihnen ein vages Reden, dass mit der Atomkraft doch alles billiger und besser und zugleich die Kernkraft doch ein guter Klimaschutz sei. Zugleich scheut Söder aber schon das bloße Nachdenken über ein Endlager in Bayern wie der Teufel das Weihwasser. In den Koalitionsvertrag mit den

Freien Wählern hat er daher hineinschreiben lassen, dass ein Endlager in Bayern völlig und kategorisch ausgeschlossen sei. Warum? Er hat Angst davor, dass, zum Beispiel, aus der schönen Gemeinde Thurmansbang im Landkreis Freyung-Grafenau ein neues Gorleben wird – und die Niederbayern ihm und der CSU aufs Dach steigen.

Angela Merkel hat in ihrer soeben erschienenen Autobiografie auf Seite 608 ihre Antwort auf Söder, Merz und andere sehr knapp und bündig wie folgt formuliert: „Ich kann Deutschland auch in Zukunft nicht empfehlen, wieder in die Nutzung der Kernenergie einzusteigen. Wir können die Klimaziele auch ohne Kernenergie erreichen, technologisch erfolgreich sein und damit auch anderen Ländern der Erde Mut machen.“ Aus der Reaktorministerin Merkel im Kabinett Kohl des Jahres 1994 ist eine Umweltpolitikerin geworden. Sie nimmt sich die Freiheit, das zu sagen, was sie aus Fukushima und Gorleben gelernt hat. Es war und ist ein gutes Lernen.

►||
Hinweis
 Diese Kolumne erschien zuerst am 5.12.2024 in der Süddeutschen Zeitung



50 Jahre **Nein Danke**

Die lächelnde Sonne ist in der ganzen Welt als das Gesicht der Anti-Atomkraft-Bewegung bekannt. Ihr fröhliches Grinsen, das als Abzeichen getragen, an Laternenpfähle geklebt oder als Flagge hochgehalten wird, ist zum Synonym für den Kampf für eine Welt, die mit erneuerbaren Energien betrieben wird, geworden. Trotz der großen Beliebtheit des Symbols hat sich die Schöpferin des Logos weitgehend bedeckt gehalten. Bis jetzt. Ruby Boddington hat mit ihr gesprochen

Im Frühjahr 1975 entwarf Anne Lund – eine Frau ohne jegliche Designerfahrung – in Dänemarks zweitgrößter Stadt Aarhus eines der einflussreichsten Logos im Kampf gegen die Atomkraft auf der ganzen Welt. Die lächelnde Sonne mit ihrem ikonischen Slogan „Nuclear Power? No Thanks“ in serifenlosen Blockbuchstaben auf einer fröhlichen Kombination aus Orange und Gelb wurde im Laufe der Jahre in rund 60 Sprachen übersetzt. Das stolze Logo der OOA – der *Organisation til Oplysning om Atomkraft* (Organisation zur Information über Atomkraft) – hat Dänemarks Entscheidung, kein Atomkraftwerk zu bauen, maßgeblich beeinflusst und ist auch heute noch regelmäßig bei Protesten von Deutschland bis Japan, Litauen bis Taiwan zu sehen. Die OOA wurde im Januar 1974 als Reaktion auf die wachsende

Besorgnis über die Nutzung der Kernenergie in Dänemark gegründet. Zu dieser Zeit waren Dänemarks Nachbarn, Schweden und Deutschland, bereits dabei, eine Reihe von Kraftwerken zu bauen oder kurz vor der Fertigstellung. Die dänischen Elektrizitätsunternehmen hatten seit 1972 farbenfrohe Broschüren erstellt und verteilt, in denen sie für die Nutzung der Kernenergie warben, und die Forschungseinrichtung Risø organisierte sogar Workshops für Journalisten und Lehrer, die sich mit der Kernenergie beschäftigten. Die dänischen Politiker zeigten fast ausschließlich Sympathie für das, was als positive Alternative zu fossilen Brennstoffen angesehen wurde – es schien, als würde Dänemark in die Fußstapfen seiner Nachbarn treten. Ende Januar gab die dänische Regierung Pläne für insgesamt 14 mögliche Kraftwerke im ganzen

Land bekannt, und zwei Tage später, am 31. Januar 1974, ging das OOA mit einer Fülle von Informationen an die Öffentlichkeit, in denen es für eine verstärkte Erforschung und Bewertung alternativer Energiequellen plädierte. Außerdem forderte sie ein dreijähriges Moratorium, bevor eine endgültige Entscheidung getroffen wird. „Ich kam Ende 1974 in Aarhus zur Anti-Atomkraft-Bewegung“, erinnert sich Anne an die Anfänge ihrer Zeit als OOA-Mitglied. „Damals wurde der Widerstand stärker und bekam immer mehr Unterstützung.“ Bis zu diesem Zeitpunkt hatte die OOA unter einem Logo gearbeitet, das die Frage stellte: „Fühlen Sie sich mit Atomkraft sicher?“ Die Organisation legte Wert auf Dialog und Reflexion und gab eine Zeitschrift mit dem Titel *Atomkraft?* und eine Bildungsbroschüre mit dem Titel *Eine Zukunft ohne Atomkraft?* he-

raus. „Sie waren mit dieser Strategie recht erfolgreich“, so Anne, „aber Anfang '75 hatten wir das Gefühl, dass wir uns ausdrücklich gegen die Atomkraft aussprechen mussten – wir mussten etwas tun, damit die Menschen Nein sagen konnten.“

► Freundlich entwaffnend

Anne machte sich daran, ein neues Logo zu entwerfen, um das Profil der OOA zu schärfen, das nicht nur Fragen, sondern eindeutige Antworten und Überzeugungen zum Ausdruck bringt.

Für Anne und die OOA mussten diese Überzeugungen von einer Gruppe kommen, die keiner politischen Partei angehörte – insbesondere keiner linken Partei. In einer oft hitzigen Debatte muss das Logo depolarisieren und von einer neutralen Position aus entwaffnen, um ein Sammelbecken für alle Menschen zu sein, unabhängig von Klasse und politischer Einstellung. Sich der Linken anzuschließen, hieße, eine ganze Gruppe potenzieller Anhänger zu verprellen. Der Gedanke des Protests und der Revolte war Mitte der Siebzigerjahre fest verankert, und die meisten Basisorganisationen machten ihre Grundsätze durch Abzeichen oder Aufkleber sichtbar. Viele junge Leute trugen solche Abzeichen an ihren Jacken, doch die Sorge um die Atomkraft war viel weiter verbreitet als die Bewegungen, die aus der Jugendrevolution hervorgingen. „Frauen jedes Alters standen der Atomkraft besonders skeptisch gegenüber“, erklärt Anne. „Ich habe mir überlegt, wie wir zum Ausdruck bringen können, dass wir Nein sagen wollen, aber von einer 40-jährigen Frau, die nicht besonders politisch engagiert ist, unterstützt werden.“ Im Februar 1975 besetzten die Einwohner von Wyhl in der südwestlichen Ecke Deutschlands den Standort eines geplanten Kernkraftwerks, was dazu führte, dass im Fernsehen berichtet wurde, wie Bauern und ihre Frauen von der Polizei gewaltsam entfernt wurden. Das Logo der OOA musste eine Alternative zu den radikalen und extremeren Formen des Protests bieten, die diese Frauen gewohnt waren. „Es musste hübsch genug sein, damit die Frauen es auf ihren Mänteln tragen konnten, um ein freundliches, aber entschiedenes ‚Nein

danke‘ zu zeigen. Keine geballten Fäuste, keine gruseligen Bilder“, erklärt Anne.

► Frühling als Inspiration

Die Sonne erwies sich als offensichtliche Ikonographie, um die Absichten der OOA zu erfüllen. Im April war in Dänemark der Frühling in vollem Gange, und Anne nahm den Wetterumschwung als Inspiration. Bisher hatten sich die meisten Anti-Atomkraft-Sujets auf die negativen Auswirkungen der Energiequelle konzentriert. Während eines Praktikums in Schweden wurde Anne in die Bewegung der Atomkraftgegner eingeweiht, visualisiert durch eine schwangere Frau, die von einem Neutron umgeben ist. „Dieses Logo symbolisierte die gefährliche Seite der Kernkraft, aber ich wollte zeigen, dass es eine positive Alternative in Form von erneuerbaren Energien gibt“, verrät Anne. Sie schlug ihrem Aktivistenkollegen Søren Lisberg ein Logo mit einer Kombination aus Sonne und Windmühle vor, der ihr riet, es einfach zu halten, und so war die lächelnde Sonne geboren. Nachdem die Mitglieder des OOA mehrere Versionen der Sonne diskutiert hatten, war es ein schnelles Gekritzeln von Annes Freundin Helena auf der Rückseite eines Briefumschlags, das mit seinen markanten Strahlen – einer ragte weiter heraus als die anderen – den Ausschlag gab. „Das grafische Design hätte definitiv besser sein können, aber es war ein Produkt der damaligen Zeit“, meint Anne, „wir hatten das Gefühl, dass wir alles selbst machen können und wollten keine Profis beauftragen.“ Auch heute noch steht sie zum damaligen Entwurf: „Ich denke, es macht Spaß. Ich bin keine Designerin – ich war nur eine Aktivistin. Es war ein Produkt der Art und Weise, wie die dänische Anti-Atomkraft-Bewegung arbeitete mit einer Denkweise, die Wert auf gewaltfreie Aktionen legte.“

► Auch kommerziell erfolgreich

Das Logo wurde am 1. Mai 1975 offiziell eingeführt und wurde schnell ein großer Erfolg. Die Gewinne aus dem Verkauf an lokale OOA-Gruppen wurden zur zentralen Finanzierung von Kampagnen verwendet, und bis zum



Anne Lund, 1975

Sommer 1976 wurden mehr als 200 000 Abzeichen und Aufkleber und etwa eine Million kleine Papieraufkleber verkauft. Mit den Einnahmen aus der „Lächelnden Sonne“ konnte die OOA ihre Arbeit fortsetzen und die dänische Bevölkerung für sich gewinnen. 1978 unternahm die dänische Regierung ihren letzten Versuch, die Atomkraft einzuführen – die OOA reagierte darauf mit einem dreitägigen Marsch von potenziellen Baustellen aus, der mit rund 35 000 Teilnehmern vor dem Parlament endete. Von diesem Zeitpunkt an war klar, dass der Widerstand gegen die Kernkraft in Dänemark einfach zu stark war. Diese Aktion führte schließlich zu einer Mehrheitsabstimmung am 29. März 1985, in der beschlossen wurde, dass die Kernkraft nicht Teil eines zukünftigen Energieprogramms in Dänemark sein würde.

► Macht der Konversation

Mit ihrem fröhlichen Gemüt, ihrem freundlichen Slogan und ihrer einfachen Ikonographie ist die lächelnde Sonne ein Zeugnis für die Macht der Konversation. Mit ihrem eindeutigen „Nein danke“ haben Anne und die OOA dem dänischen Volk eine Stimme gegeben – eine Stimme, die in der ganzen Welt Widerhall gefunden hat und immer noch findet. „Es ist ein schönes Symbol, dass man etwas verändern kann, wenn man es wirklich will“, sagt Anne, die heute als Dozentin an Dänemarks größter Universität VIA tätig ist. „Die lächelnde Sonne war in die OOA eingebettet. Ohne diese Gruppe von Aktivisten wäre sie nicht zustande gekommen. Die vielen Menschen, die an den getroffenen Entscheidungen beteiligt waren, sind der Grund dafür, dass die Sonne etwas Besonderes geworden ist.“

Beipackzettel

Warnung vor guter Laune

von Andreas Conradt

Lieber Leserinnen und Leser, beim Studium der Artikel auf den folgenden Seiten besteht die Gefahr, in einer wohligen Lethargie zu versinken und dem Glauben zu verfallen, all das Gerede um den Wiedereinstieg Deutschlands in die Atomkraft sei reines Wahlkampfgetöse gewesen, eine Rückkehr ins nukleare Zeitalter werde an den vielen Fakten, die dagegensprechen, ohne Zutun einer inner- oder außerparlamentarischen Opposition scheitern. So kann es kommen, aber:

Im Entwurf des Koalitionsvertrags für die neue Bundesregierung findet sich ein von CDU/CSU eingebrachter Passus, in dem eine „fachliche Bestandsaufnahme“ gefordert wird, „ob angesichts des jeweiligen Rückbaustadiums eine Wiederaufnahme des Betriebs der zuletzt abgeschalteten Kernkraftwerke unter vertretbarem technischem und finanziellem Aufwand noch möglich ist. [...] Dabei setzen wir im europäischen Kontext auf die Forschung zu Kernenergie der neuesten Generation, Small Modular Reactors und Fusionskraftwerken.“ Begründet wird dieser Wunsch der Union mit dem Erreichen der „Klimaziele und [der] Versorgungssicherheit.“

► Schlichte Simplizität?

All diese Punkte – der Rückbau des Rückbaus, Small Modular Reactors, Kernfusion – sind längst durch Studien und Gutachten als nicht zielführend klassifiziert worden. Gleiches gilt für das Erreichen der Klimaziele und die Versorgungssicherheit: Beide werden durch einen Wiedereinstieg in die Atomkraft nicht verbessert. Warum also das vehemente Engagement der Herren Merz und Söder pro Atomkraft? Hier, liebe Leserinnen und Leser, muss auch die *Grleben Rundschau* passen und freimütig bekennen: Wir wissen es nicht, wir können nur spekulieren.

Es könnte sein, dass das Eintreten der Unionsparteien für die Atomkraft schlicht dem Wunsch ihrer Wählerschaft nach einfachen Antworten auf hochkomplexe Fragen geschuldet ist. Mit dieser Simplizität parieren CDU und CSU regelmäßig Stammtischforderungen beispielsweise bei den Themen Migration, Klimawandel oder Bildung. Warum nicht auch einfache Botschaften in der Energiepolitik? Dafür spräche die offensichtlich lancierte Kampagne mit Aussagen über hohe Strompreise und Schreckensszenarien wie Blackout und Brownout.

► Oder die Bombe?

Oder ist das genaue Gegenteil der Fall und das Ansinnen von Merz und Söder viel komplexer als wir bisher ahnen? Könnte es sein, dass der teilweise oder vollständige Ausstieg der USA aus der NATO Motivation des größten Landes der EU ist, sich, neben Frankreich und Großbritannien, am atomaren Schutzschirm Europas aktiv und in führender Position zu beteiligen und nicht nur, wie kleinere Länder, Bittsteller zu bleiben? Anzeichen dafür gibt es: Unter der Überschrift „Braucht Deutschland jetzt die Atombombe“ schrieb der *Spiegel* Anfang März: „Die künftige schwarz-rote Koalition will die Bundeswehr massiv aufrüsten. Zur Abschreckung gegen Putin erwägt Friedrich Merz, sich an einem europäischen Nuklearschirm zu beteiligen.“ Und zur Herstellung waffentauglichen Plutoniums wären zivile AKW ein durchaus taugliches Mittel. In Frankreich beispielsweise wird der Zusammenhang durch Präsident Macron offen kommuniziert: „Ohne zivile Atomenergie gibt es keine militärische Nutzung, und ohne die militärische Nutzung auch keine zivile Atomenergie.“ Die für das Herauslösen des Plutoniums erforderliche so genannten Wiederaufarbeitungsanlage heißt bei unseren westlichen Nachbarn übrigens „usine plutoni-



Anfang März traf Friedrich Merz (li.) NATO-Generalsekretär Mark Rutte

um“, zu Deutsch: Plutoniumfabrik. Seit das *Manhattan Project* vor 75 Jahren zum Bau der Waffen geführt hatte, die Hiroshima und Nagasaki in Schutt und Asche legen sollten, gingen die zivile und die militärische Nutzung der Atomenergie Hand in Hand. Schon 1950, bevor US-Präsident Eisenhower 1953 seine Rede „Atoms for Peace“ (Atome für den Frieden) vor den Vereinten Nationen gehalten hatte, und bevor 1954 das erste Atomkraftwerk der Welt im sowjetischen Obninsk ans Netz gegangen war, bezeichnete der damalige Chef der amerikanischen Atomenergiekommission die beiden Varianten der kerntechnischen Entwicklung als „siamesische Zwillinge“.

Deutschland besitzt bislang keine eigenen Atomwaffen und stützt sich auf die nukleare Abschreckung durch die USA, Frankreich und Großbritannien, die sowohl taktische als auch strategische Atomwaffen bereitstellen, einschließlich solcher, die von ballistischen Raketen getragen werden. Der Politikwissenschaftler Frank Sauer plädiert allerdings dafür, dass Deutschland eigene Atomwaffen entwickeln sollte. Seiner Meinung nach ist es notwendig, dass Deutschland in der Lage ist, eine vergleichbare Stärke zu zeigen und dem Gegner, insbesondere Russland, eine glaubwürdige Drohung entgegenzusetzen. „Es reicht eigentlich, wenn Russland ein Prozent Restunsicherheit hat, ob diese Waffen nicht doch zum Einsatz kommen“, sagte er Ende März im *Deutschlandfunk*.

Und es gibt historische Vorbilder für das getarnte Vorgehen von Regierungen bei der Produktion waffenfähigen Plutoniums: Calder Hall etwa, das erste kleinere kommerzielle Atomkraftwerk Großbritanniens, speiste 1956 seinen Strom ins Netz, diente aber im Übrigen in erster Linie der Produktion von Plutonium für das britische Atomwaffenprogramm.

Im November 1945 rief die schweizerische Regierung eine *Studienkommission für Atomenergie* ins Leben, der sie den geheimen Auftrag erteilte, „die Möglichkeit der Entwicklung einer Schweizer Atombombe zu untersuchen“. Nur eine Kernschmelze im Versuchsreaktor *Lucens* bereitete den Atommachtträumen der Eidgenossenschaft ein vorläufiges Ende.

Etliche der Staaten, die heute die Atomenergie zur Stromerzeugung nutzen oder dies bis vor Kurzem taten, trieben damals auch geheime Waffenprogramme voran. Zu diesem Club gehörten Argentinien, Belgien, Brasilien, Deutschland, Indien, Iran, Italien, Pakistan und Schweden.

Vielleicht muss man die Notwendigkeit einer europäischen oder einer deutschen Atombombe in diesen unsicheren Zeiten tatsächlich breit in der Gesellschaft diskutieren. Nur sollte man das Ergebnis nicht vorwegnehmen und hinter einem – so gesehen – weniger dramatischen Szenario einer vorgeblichen Stromlücke verstecken. Wenn schon, denn schon!

Der sich abzeichnende Erfolg der Energiewende im Bereich der Stromproduktion, exponentielles Wachstum der erneuerbaren Energien und der Speichertechnologie, das Schwinden der Stromlücke sowie der sinkende CO₂-Ausstoß können doch wohl unmöglich Gründe sein für das Festhalten von CDU und CSU an der Atomkraft.

Lieber Herr Merz und lieber Herr Söder – erklären Sie uns bitte, was Sie da reitet!

Wie Meinungsmache funktioniert

„Deutschland steht vor einem Energie-Dilemma: Die Stromkosten haben sich seit dem Atom-Aus verdoppelt“, titelte Mitte März der *Münchener Merkur* auf seiner Website.

„Siehste“, werden sich naivere Gemüter denken, „hab’ ich ja gleich gewusst. Diese grünen Weltverbesserer rauben uns aus für ihre Ideologie. Atomkraft? Ja bitte!“

Mit dieser Überschrift und dem Beginn des dann folgenden Artikels folgt die *Münchener Zeitungs-Verlag GmbH & Co. KG* aber auch dem klassischen Clickbaiting. Diese „Klickköder“ sollen Nutzer durch reißerische und auch bewusst ängstlich machende Überschriften ködern und für Interaktion in Form von Klicks sorgen. Die Inhalte, die sich hinter den Überschriften befinden, sind jedoch oft banal und stellen mitunter keinen direkten Mehrwert für Nutzer dar.

Im Falle des *Merkur*-Beitrags wird beim weiteren Lesen klar, dass nach Berechnungen des Consulting-Unternehmens BCG „die Energiewende nach aktueller Planung 320 Milliarden Euro zu teuer werden“ könnte. „Der größte Posten, der nach Ansicht der Beratergesellschaft zu hoch kalkuliert ist, betrifft die Nachfrageprognose. 215 Milliarden Euro könnte Deutschland einsparen, wenn die Prognosen angepasst würden.“

„Ach was!“, werden jetzt reflektiertere Gemüter denken, „hier geht es ja gar nicht um die Folgen des Atomausstiegs, sondern um eine möglicherweise fehlerhafte Annahme.“

Nüchtern betrachtet hat die Headline mit dem Artikel also genau nichts zu tun.

Zum Ende hin verkehrt sich die Aussage des Artikels sogar glatt ins Gegenteil der Überschrift: „Dem Wiedereinstieg in die Atomkraft erteilt die BCG aber eine klare Absage.“ Zudem gehe das Consulting-Unternehmen davon aus, „dass das deutsche Stromsystem bis zur Inbetriebnahme eines neuen Kernkraftwerks (15-20 Jahre Bauzeit) keinen großen Bedarf mehr an Bandlaststrom haben wird.“ Kleinere Kernkraftanlagen wie SMRs oder auch die Fusionskraft hätten die Berater außen vor gelassen, da sie „keinen realistischen Beitrag zu Kostensenkungen im Stromsystem leisten können und damit eher Teil einer Innovationsagenda wären“, so BCG.

Unter der weit unten platzierten Zwischenüberschrift „Energiewende kann eine Wachstumschance für Deutschland sein: Strompreise werden sinken“, meldet der *Münchener Merkur* dann sogar: „Insgesamt betonen die Autoren der Studie, dass die Energiewende für die meisten Haushalte und Unternehmen zu günstigeren Strompreisen führen kann.“

Im letzten Absatz lässt der *Merkur* noch einmal BCG selbst zu Wort kommen – und führt damit die Clickbait-Überschrift endgültig ad absurdum: „Die globale Klimatransformation ist auf absehbare Zeit eine der größten Chancen, in Deutschland neue Industriewertschöpfung aufzubauen.“ (...) „Sektoren wie der Maschinen- und Anlagenbau sowie die Elektroindustrie haben in Energiewendetechnologien historische Wachstumschancen, benötigen im Standortwettbewerb mit Ländern wie China aber einen starken europäischen Heimatmarkt, um diesen in industrielles Wachstum zu übersetzen.“

Also: Bei Fortführung des Umstiegs auf erneuerbare Energie gibt es die erfreuliche Aussicht auf sinkende Strompreise für Haushalte und Unternehmen sowie beste Chancen für die deutsche Wirtschaft. Ein „Energie-Dilemma“ stellt man sich irgendwie anders vor.



Der SMR von Rolls Royce existiert nur in schicken Animationen

Kühne Träume – Harte Fakten

Beinahe geräuschlos vollzieht sich weltweit ein rasanter Wandel hin zur Produktion regenerativen Stroms. In diese Stille hinein ruft lautstark und vielstimmig eine mächtige Lobby nach dem Ausbau der Atomkraft zur Sicherung der Grundlast. Dabei verschweigt sie, was alles dagegenspricht.
Von Andreas Conradt

Kaum hatten sich auf der Weltklimakonferenz COP28 vor knapp anderthalb Jahren 120 Länder der Welt – allen voran Deutschland – auf eine Verdoppelung der regenerativen Stromerzeugung bis 2030 geeinigt, machte die Atom-Allianz – immerhin die 22 führenden Industrienationen – auf sich aufmerksam und kündigte die Verdreifachung der Nuklearkapazität bis 2050 an. Frankreich, England, Schweden, USA, Kanada, ja sogar Polen und auch Japan wollen es nochmal wissen. Schlichte Tatsachen jedoch konterkarieren diese Pläne.

► zu spät

Zunächst ist es wichtig festzuhalten, dass überhaupt und dass sehr schnell etwas gegen die wei-

tere Erwärmung des Klimas getan werden muss: „Trotz des weiteren starken Wachstums von Wind- und Solarenergie im Stromsektor sind die energiebedingten Treibhausgasemissionen weltweit erneut gestiegen“, stellte die Präsidentin des in Großbritannien ansässigen Branchenverbandes *Energy Institute*, Juliet Davenport, im Mitte 2023 heraus. „Wir bewegen uns immer noch in die entgegengesetzte Richtung zu den Vorgaben des Pariser Abkommens.“ Die im Vergleich mit den Regenerativen viel höheren Kosten der Stromerzeugung und die buchstäblich jahrzehntelange Planungs- und Bauzeit, bevor ein AKW ans Netz gehen und tatsächlich Strom produzieren kann, können auch konservative Politiker:innen nicht einfach

wegwischen. Beim AKW Hinkley Point C in Großbritannien sind bisher 17 Jahre ins Land gegangen, und ein kommerzieller Betrieb ist noch lange nicht in Sicht. Im finnischen Olkiluoto hat es 20 Jahre bis zur Inbetriebnahme gedauert. Kleine Erinnerung: Bis zur erforderlichen, dramatischen Reduzierung der Treibhausgas-Emissionen bleiben noch fünf Jahre! Die Nutzung sowohl der Kernspaltung wie auch der Kernfusion verbietet sich schon aus zeitlichen Gründen.

► zu teuer

Die *Technische Universität Berlin* (TU Berlin) und das *Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung* (DIW) haben Anfang 2023 untersucht, ob eine Laufzeitverlänge-

rung oder ein Neubau von Atomkraftwerken in Deutschland wenigstens aus ökonomischer Perspektive sinnvoll gewesen wäre. Dabei zeigte sich, dass Atomkraft im Vergleich zu anderen Methoden der Stromerzeugung deutlich mehr kostet. Schon in den 1950er-Jahren war Atomkraft beinahe sechsmal teurer als konventionelle Energieformen. Durch die gestiegenen Sicherheitsanforderungen sind die Investitionskosten in Atomkraftwerke mit der Zeit kräftig gestiegen statt gesunken. Beispiele aus den USA und Frankreich zeigten zudem, dass ältere AKW im Vergleich zu anderen Energiequellen nicht wettbewerbsfähig seien und lediglich durch Subventionen in Betrieb gehalten werden könnten. So wäre auch hierzulande eine Laufzeitverlängerung über den April 2023 hinaus nur über eine Verstaatlichung der kommerziellen Risiken möglich gewesen.

Derlei Einschätzungen werden Banken künftig sicher noch genauer prüfen, bevor sie Milliarden in AKW-Projekte stecken, an denen die Zweifel stetig wachsen, sei es in Hinkley Point in Großbritannien oder in Olkiluoto in Finnland. „Der Beschluss für diese teuren und langfristigen Investitionen wurde gefällt, als die Welt noch ganz anders aussah“, sagt auch der finnische Strommarktexperte Iivo Vehviläinen. Er schätzt, dass Olkiluoto-3 niemals rentabel arbeiten wird. „Schon jetzt und erst recht in Zukunft kann Strom mit anderen, schneller als erwartet eingeführten Produktionsmethoden günstiger erzeugt werden.“

Die Modellrechnungen der Studie von TU Berlin und DIW zeigen, dass eine 100-prozentige Deckung des Endenergieverbrauchs durch erneuerbare Energien nicht nur aus technischer, sondern auch aus ökonomischer Sicht möglich ist und daher politisch verfolgt werden sollte.

► zu träge

Die Behauptung, dass sich erneuerbare Energieträger und die Kernenergie bei der Stromerzeugung ergänzen, da Strom aus Atomkraftwerken die Variabilität der Verfügbarkeit erneuerbarer Energieträger ausgleiche, ist unrichtig. AKW können nur sehr bedingt im Lastfolgebetrieb be-

trieben werden und sind für häufige und rasche Lastwechsel vollkommen ungeeignet. Angesichts hoher Fixkosten von AKWs würde sich die Unwirtschaftlichkeit bei Lastfolgebetrieb weiter erhöhen. Vielmehr also ist bei einem verstärkten Einsatz von Atomkraft von einer Verdrängung von erneuerbaren Energieträgern auszugehen und eben nicht von einer Ergänzung.

► zu heiß

Ein zusätzliches und bisher weitgehend unbedachtes Problem bei den Plänen zum Ausbau der Kernenergie ist die große, zunehmende Wasserknappheit in Europa und anderen Ländern. „Zur Kühlung der Reaktoren braucht man Unmengen an Wasser. Dieses wird nach Durchlauf durch die AKW nur zum Teil – und dann noch deutlich erwärmt – an die Flüsse zurückgegeben. Ein großer Teil aber wird über die Kühltürme verdampft, verstärkt die Erderwärmung und fehlt der Landwirtschaft für die Beregnung“, stellen Josef Engelmann und Manfred Doppler vom österreichischen *Anti Atom Komitee* klar. Wasserknappheit hat schon 2022 dazu geführt, dass französische AKWs wegen niedriger Pegelstände in den Flüssen nicht genügend gekühlt werden konnten und abgeschaltet werden mussten. „Steigende Temperaturen und abnehmende Niederschläge werden für die Kühlung der Reaktoren mittlerweile zu einem ernstesten Problem.“

► zu strahlend

Gerade in Deutschland, gerade im Wendland ist mit den Protesten gegen das damals geplante Endlager im Gorleben Salzstock deutlich geworden: Die sichere und dauerhafte Entsorgung hochaktiver, radioaktiver Abfälle und abgebrannter Brennelemente ist nach wie vor ungelöst. Bis heute ist kein einziges Endlager für derartige Abfälle in Betrieb – weltweit. Aber selbst, wenn dies in absehbarer Zeit gelänge, kann mit heutigem Wissen der sichere Einschluss, der für hunderttausende oder, wie in Deutschland Gesetzeslage, für eine Million Jahre erforderlich ist, nicht garantiert werden. Bis zur Errichtung eines sogenannten Endlagers bleiben die



Deutschland produziert inzwischen rund 60 Prozent seines Stroms erneuerbar – Tendenz exponentiell steigend. Auch für die restlichen 40 Prozent steht genügend, allerdings fossile, Kraftwerksleistung zur Verfügung. Selbst bei Flaute an dunklen Tagen wird in Deutschland niemals für mehrere Stunden das Licht ausgehen (Blackout), weil nicht genug Strom produziert werden kann. „Die Stromversorgungsqualität in Deutschland liegt weiter auf sehr hohem Niveau. Das zeigt, dass es gelingt, bei der Energiewende voranzukommen, ohne dass die sichere Versorgung beeinträchtigt wird“, sagte Ende 2024 Klaus Müller, Präsident der *Bundesnetzagentur* (BNetzA).

Dass Deutschland dennoch hin und wieder Strom aus dem Ausland importiert, liegt einzig am offenen europäischen Markt und der Möglichkeit, den Strom dort zu beziehen, wo er gerade am günstigsten zu haben ist. Mit einer Stromlücke hat das nichts zu tun.

Die CO₂-Emissionen in Deutschland sind im letzten Jahr gesunken, obwohl 40 Prozent nicht-erneuerbar produzierten Stroms aus Kohle- und Gaskraftwerken kamen. „Deutschland hat im vergangenen Jahr laut Umweltbundesamt und -ministerium sein Klimaziel erreicht“, vermeldete Mitte März die *Tagesschau* unter Verweis auf Minister Robert Habeck (Grüne). „Vor allem in der Energiewirtschaft ging der Ausstoß von Treibhausgasen zurück.“ Der Verkehrsbereich sei aber hinter den Vorgaben zurückgeblieben.

oberirdischen Zwischenlager tickende Zeitbomben.

► zu kriegsgefährlich

Ganz reale Bomben sind ein weiteres Thema: Im Angesicht der aktuellen militärischen Konflikte in der Ukraine und im Nahen Osten ist erhöhte Skepsis gegenüber einer Renaissance der Atomkraft geboten, denn ein Ausbau der Atomenergie erhöht zwingend die Gefahr der Weiterverbreitung von Kernwaffen. „Ohne zivile Atomenergie gibt es keine militärische Nutzung, und ohne die militärische Nutzung auch keine zivile Atomenergie“, sagte Frankreichs Präsident Emmanuel Macron 2020, knapp zwei Jahre, bevor mit Wladimir Putins Angriff auf die Ukraine ein Atomkrieg auf europäischem Boden über Nacht wieder ein denkbare Szenario wurde. „Für Frankreich steht bei der Investition in den veralteten Industriezweig Atomenergie ein klares militärisches Interesse im Vordergrund“, so Dr. Angelika Claußen, Co-Vorsitzende der *Internationalen Ärzt:innen für die Verhütung des Atomkriegs* (IPPNW).

Und wer heute in Deutschland von Kernkraft oder Kernfusion spricht, hat vielleicht auch andere Hintergedanken, mutmaßt Energieexperte Bruno Burger, Senior Scientist im Bereich Power Electronics, Grids and Smart Systems am *Fraunhofer-Institut für Solare Energiesysteme ISE* in Freiburg: „Es gibt deutsche Politiker, die gerne eine europäische Atombombe hätten. Da Frankreich und England schon Atombomben besitzen, kann damit nur eine deutsche Atombombe gemeint sein.“

► zu optimistisch

Als vermeintliches Allheilmittel gegen lange Planungs- und Bauzeiten, gegen nukleare Unfälle, hohe Kosten und ungelöste Atommülllagerung werden immer wieder zwei angeblich neue Technologien eingeführt:

Aktuelles Lieblingskind der Atomfans ist der *Small Modular Reactor* (SMR), zu Deutsch der Kleine Modulare Reaktor. Die Möglichkeit, ihn in Serie in einer fernen Fabrik praktisch am Fließband herzustellen, soll ihn erschwinglicher und schneller zu fertigen und zu installieren machen. Die-



Ein Wiedereinstieg in die Atomkraft würde auch verstärkten Uranbergbau nach sich ziehen. Allemal in Europa, womöglich auch in Deutschland

sen aus Sicht der Lobby vorteilhaften Eigenschaften stehen allerdings eine Reihe auch für sie negative Dinge gegenüber: Verständlicherweise haben kleinere Reaktoren auch weniger Leistung. Um die befürchtete Stromlücke wirklich füllen zu können, bräuchte es also allein in Deutschland eine dreistellige Zahl solcher Mini-AKW und ebensoviele, voraussichtlich leidenschaftlich bekämpfte Standorte. Zudem benötigen SMR bauartbedingt speziellen Brennstoff, der aktuell nur von Russland kommerziell hergestellt wird. Ein Import solcher HALEU-Brennstäbe würde aber dem Ziel der Unabhängigkeit Deutschlands von Putin und Co. diametral entgegenlaufen. Durch die gegenüber größeren AKW höhere Anreicherung des Urans in den HALEU-Brennstäben wären diese nicht nur mit wenig Aufwand zum Bau einer Atombombe geeignet, sie benötigten auch eine neue – und noch nicht entwickelte – Form der Entsorgung. Die rund 15-fach höhere Konzentration von Uran-235 und Plutonium ist mit bisherigen Zwischen- und Endlagerkonzepten nicht kompatibel. „Das wird signifikante Kos-

ten mit sich bringen“, konstatiert Lindsay Krall von der amerikanischen *Stanford University*. Apropos Amerika: Die Entwicklung des bislang einzigen real existierenden SMR der Firma *NuScale* aus Idaho wurde Ende 2023 aufgrund fehlenden Marktpotenzials gestoppt. Alle anderen SMR existieren bislang nur auf dem Reißbrett.

Bleibt der zweite Traum der Atomiker: Unsere Sonne leuchtet vor allem durch die Fusion von Wasserstoff, dem leichtesten chemischen Element, zum nächstschwereren, dem Helium. Die Kernfusion gewinnt also enorme Mengen Energie, indem sie leichte Atomkerne zu schwereren verschmilzt. Nach diesem Vorbild sollen irdische Fusionsreaktoren die Wasserstoffvarianten Deuterium und Tritium zu Helium verschmelzen. Doch nach über 30 Jahren der Planung und nochmal 35 Jahren voller Experimente und Investitionen, in denen noch nicht ein einziges Watt Energie gewonnen wurde, mehren sich die Zweifel, ob die Kernfusion noch rechtzeitig kommt, um Teil der Lösung unserer Klima- und Energieprobleme zu sein. „Gemäß aktuel-

lem Wissensstand werden weitere Jahrzehnte vergehen, bevor die Kernfusion in relevanter Weise energetisch genutzt werden kann“, sagt der Energieforscher Volker Handke vom *Institut für Zukunftsstudien und Technologiebewertung* (IZT) in Berlin. Kritikern verschlingt das zu viel Geld und dauert zu lange. Nach Ansicht der Umweltorganisation *Greenpeace* ließe sich in der Zeit bis zur Kraftwerksreife der Kernfusion die gesamte weltweite Stromerzeugung auf erneuerbare Energien umstellen.

Und auch ein von der österreichischen Regierung 2021 in Auftrag gegebenes Rechtsgutachten kommt zu dem Schluss, dass „trotz hoher staatlicher Förderung und jahrzehntelanger Forschung und Entwicklung die bislang erzielten Fortschritte eher als bescheiden einzustufen und baldige technologische Durchbrüche nicht zu erwarten sind. Darüber hinaus wäre dieser Hoffnung auf technologischen Fortschritt die technologische Entwicklung bei erneuerbaren Energieträgern und Speichertechnologien entgegenzuhalten.“

► zu dreckig

Wegen des relativ geringen Ausstoßes von CO₂ wird die Atomkraft in der Klimadiskussion in zunehmender Weise als sauber, umweltfreundlich oder „grün“ dargestellt. Doch das gelinge nur, wenn der Uranbergbau aus den Betrachtungen ausgeklammert werde, so Günter Wippel vom *Uranium Network*, und das sei inakzeptabel: „Uranbergbau ist integraler Bestandteil der nuklearen Brennstoffkette, diesen auszuklammern führt zu einer völlig falschen Beurteilung von Atomkraft.“ Zudem sei es ein Irrglaube, einen geschlossenen Brennstoffkreislauf erreichen zu können. Unzulässig propagiert würden derzeit „Reaktoren, die ihren Brennstoff selbst erbrüten: eine gefährliche Illusion, an der die Atomindustrie schon in der Vergangenheit gescheitert ist.“

► zu abhängig

Statt eines geschlossenen Kreislaufs gilt also: Uran und auch Thorium sind letztlich nur begrenzt verfügbar – und stammen allzu oft aus autokratisch regierten Län-

dern wie ausgerechnet Russland oder Kasachstan. Auch die Wiederaufarbeitung abgebrannter Brennelemente kann nicht beliebig oft wiederholt werden, gerade Letztere ist zudem mit erheblichen Sicherheits-, Gesundheits-, Umwelt- und Weiterverbreitungsrisiken behaftet. Ein Übergang zur Brütertechnologie, wie er aktuell von Befürwortern einer Ausweitung der Kernenergie propagiert wird, würde diese Risiken sogar noch vervielfachen.

► zu unsicher

Denn schwere Unfälle mit weitreichenden Auswirkungen können nach wie vor nicht ausgeschlossen werden. Der vielfach vorgenommene Vergleich von Energieträgern anhand von Unfalltoten pro erzeugter Kilowattstunde ist irreführend. Dabei werden nämlich nicht nur die Unbewohnbarkeit weiter Landstriche auf Generationen außer Acht gelassen, sondern auch die tatsächlichen Schadenskosten. Das französische *Institut de Radioprotection et de Sûreté Nucléaire* (IRSN) hat für einen schweren Unfall in Frankreich Folgekosten von über 400 Milliarden Euro errechnet.

► Fazit

So bleibt die Atomenergie weder eine sichere, preiswerte oder nachhaltige Form der Energieversorgung, noch stellt sie eine tragfähige Option zur Bekämpfung des Klimawandels dar. Sowohl das Vorsorgeprinzip als auch das Vorsorgeprinzip werden bei der Kernenergienutzung verletzt.

Quellen
gmx.net
World Nuclear Industry Status Report
TU Berlin
DIW
österreich. Bundesministerium für Klimaschutz, Umwelt, Energie
Uranium Network
Anti Atom Komitee
IPPNW
IRSN
Energy Institute
Finish Climate Change Panel
dpa



Interessanterweise ist es insbesondere die konservative Wirtschaftspresse, die in Frankreich kein gutes Haar an der eigenen Energiepolitik lässt, während deren deutsches Pendant das zwar für das nationale Energiesystem gerne tut, bei der Bewertung der Atomenergie aber auffallend blind agiert. Dabei müssten die deutschen Wirtschaftsjournalisten nur die regelmäßigen Berichte von *Le Monde* lesen sowie die des französischen Rechnungshofs. Es ist unverständlich, dass in deutschen Medien jede noch so fragwürdige Quelle zu dieser Energietechnologie zitiert wird, die konkrete Bilanzprüfung der weltweit größten realen Projekte aber nicht. Im März nun kam der aktuelle Bericht des französischen Rechnungshofs, und der hat es in sich, denn er kommt zu keinem geringeren Ergebnis als zu folgenden glasklaren Empfehlungen: Aussetzung aller Investitionen in weitere Kernkraftwerke, Sicherstellung der Finanzierung durch verbesserte Studien zu den tatsächlichen Kosten, Internationale Projekte nur noch bei Sicherstellung eines quantifizierbaren Gewinns und Ausschluss von Projektverzögerungen. *Le Monde* zitiert daraus nur die Daten über das jüngste Projekt, Flamanville: Siebenfache Kosten seit 2006, Projektverzögerung 12 Jahre, selbst die Schätzungen von 2020 wurden noch mal um 4 Milliarden überzogen, was mehr ist, als ursprünglich das komplette Projekt kosten sollte. In einer gut aufgemachten Spezialseite wird die Genese der Projekts sehr gut illustriert: <https://lmy.de/LezXH>

Der Bericht selbst ist aber viel tiefer und der umfasst auch eine Abrechnung mit weiteren Projekten, auch denen im Ausland. Er trägt den Titel: „Neue Dynamik, bestehende Risiken“. Zur Einordnung: Gemeint ist eine Zunahme der Kostendynamik seit dem letzten Bericht 2023, während die ökonomischen Risiken seitdem nicht verbessert werden konnten. Das heißt: Es ist auf kritischem Niveau noch schlechter geworden, es ist keinerlei Trend ersichtlich, dass diese Abwärts spirale gestoppt werden kann, im Gegenteil. Dabei stützt sich der Bericht auf die seit 2018 in Betrieb genommenen sowie die im Bau befindlichen Projekte. Das sind also weder einzelne Problemprojekte und auch keine akademischen Studien, sondern die realen Daten aller Projekte der letzten 15 Jahre!



Sinkende Kosten Exponentielles Wachstum

Mit hoher Wahrscheinlichkeit wird der Schwung der Energiewende den so lautstark propagierten Ausbau der Atomenergie verhindern. Von Andreas Conradt

Wer in den letzten Monaten Politiker:innen und – leider oft wenig reflektiert – Medienberichten Glauben geschenkt hat, war allzu leicht verführt, den Zweifler:innen Recht zu geben, die Tempo und Sicherheit der deutschen Energiewende in Frage stellen. Unbestritten geht unser Land mit dem gleichzeitigen Ausstieg aus Kohle und Atom einen bemerkenswerten Sonderweg, der nicht frei von Gefahren ist. Oder besser: zu Beginn des Weges nicht ungefährlich war. Mittlerweile allerdings ist Deutschland ein gutes Stück dieses Weges gegangen und steht heute, was die Versorgungssicherheit betrifft, nicht schlechter dar als andere Länder in Europa. Und es gibt Anzeichen, dass wir gerade auf die linke Spur wechseln und winkend an Frankreich, Schweden und den vielen anderen Nationen vorbeiziehen,

die unverdrossen auf den Weiterbetrieb, den Ausbau oder gar den Einstieg in die Atomkraft setzen. Anders als bei vielen unserer Nachbarn, hat in Deutschland die breite gesellschaftliche Diskussion über den Wiedereinstieg in die Atomkraft bisher nicht begonnen. Vielmehr beschränkt sie sich auf faktenfreie Forderungen aus CDU, CSU, FDP und der AfD, die von den Energieversorgungsunternehmen unisono abschlägig pariert werden. Und das zu Recht: Statt einer immer wieder herbeigeredeteten, in der Realität aber nie begonnenen Renaissance der Atomkraft, gibt es einen in der Geschichte der Menschheit einmalig rasanten Transformationsprozess im Bereich der Energiegewinnung – überall! 86 Prozent der 2023 weltweit zugebauten Kapazität zur Erzeugung von Strom war erneuerbar, die Zahl in

Betrieb befindlicher AKW ist dagegen nach einem Peak im Jahr 2002 mittlerweile auf das Niveau von 1987 gefallen.

► Deutschland ist Vorreiter für die globale Energiewende

Und doch gibt es in einer großen Anzahl von Ländern Bestrebungen hin zur Atomkraft – und in Deutschland eine große Unwissenheit über den Erfolg des von ihm einst angestoßenen Prozesses. In den elf Jahren nach Einführung des Erneuerbare-Energien-Gesetzes (EEG) im Jahr 2000 stieg die Zahl der in der Wind- und Solarbranche Tätigen auf fast 300 000 Arbeitnehmer:innen – bis CDU-Minister Peter Altmaier 2011 insbesondere die Solarbranche zugunsten der Rettung des Braunkohlebergbaus soweit regulierte, dass das Wachstum einbrach. Und dennoch: „Die Lunte war angezündet“, schreibt die internationale Wochenzeitung *The Economist*. „Die Rakete hob ab. Bis 2012 hatte Deutschland mehr als 200 Milliarden an Subventionen ausgezahlt. Aber es hatte auch die Welt verändert.“ Und der Journalist und Bestseller-Autor Christian Stöcker ergänzt: „Deutschland, die drittgrößte Volkswirtschaft der Welt, hat mit einer Gesetzesänderung einen globalen Markt in Bewegung gesetzt, der bis heute exponentiell wächst.“

► Exponentielles Wachstum

Tatsächlich gibt es weltweit seit rund 20 Jahren ein nicht etwa lineares, sondern ein exponentielles Wachstum der erneuerbaren Energien. Anders als lineares, verursacht exponentielles Wachstum auch bei anfangs nur kleinen Veränderungen im weiteren Verlauf deutlich größere, sodass es ab einem bestimmten Zeitpunkt jedes lineare Wachstum um ein Vielfaches übersteigt. Interessanterweise wird die Auswirkung von exponentiellem Wachstum selbst von Wissenschaftlern und Ökonomen oft unterschätzt – und von Medienvertreter:innen nicht verstanden. So werden prognostizierte Ziele – im Falle der erneuerbaren Energien zum Beispiel von der *Internationalen Energie Agentur* (IEA), aber auch bei der Entwicklung Künstlicher Intelligenz oder der Ausbreitung einer Pandemie – mit schöner Regelmäßigkeit über-

troffen. Im Durchschnitt war die tatsächlich weltweit installierte Stromerzeugungsleistung aus erneuerbaren Energien in jedem Jahr seit 2005 rund dreimal so hoch wie die Fünf-Jahres-Prognose der IEA, aus der der weitere Bedarf des Kraftwerkzubaues und der Erfolg der Transformation zu CO₂-freier Stromproduktion berechnet wird.

Weltweit gesehen hat sich die zur Verfügung stehende Leistung aus Windenergie in den letzten 15 Jahren um 14 Prozent pro Jahr erhöht. Das entspricht einer Verdopplung der Leistung alle fünf Jahre. Noch besser sieht es bei der Solarenergie aus: Durchschnittliche Erhöhung 28 Prozent pro Jahr, Verdopplung der Leistung alle zweieinhalb Jahre.

Was bleibt, so mögen Kritiker:innen anmerken, ist die Gefahr des Blackouts aufgrund einer Dunkelflaute. Sie fordern Atomkraftwerke als Backup für Zeiten, in denen nachts oder in den kurzen Wintertagen kein Wind weht und damit die Stromproduktion aus erneuerbaren Energien praktisch zum Erliegen kommt.

► Stromspeicher im Kommen

Abgesehen von hohen Kosten, hohen Risiken und der schwerfälligen Regulierung von Atomkraftwerken, kämen neue AKW wohl viel später – und damit zu spät – als eine Technologie, die gerade erst am Anfang ihrer Exponentialkurve steht: Stromspeicher. Mit weltweit 200 Gigawattstunden Speicherleistung steht diese Technik noch am Beginn ihrer Karriere – auch in Deutschland. Aber: Im Januar lagen allein den vier großen deutschen Netzbetreibern Anträge auf den Anschluss von Großspeichern mit insgesamt 230 Gigawatt vor. Und auch hier zeigt sich die Unfähigkeit des kognitiven Erfassens von exponentiellem Wachstum: Die Prognose des Bundeswirtschaftsministeriums für verfügbare Kapazität im Jahr 2045 liegt bei 50 Gigawatt. Dabei übersteigen seit 2023 die weltweiten – ebenfalls exponentiell steigenden – Investitionen in stationäre Batteriespeicher diejenigen – seit rund zehn Jahren stagnierenden – in die Nukleartechnik.

► Sinkende Preise

Der Grund für das exponentiel-

le Wachstum erneuerbarer Energien und von Batteriespeichern liegt übrigens im fast genauso rasanten Fallen der Herstellungskosten. Innerhalb von zehn Jahren sind die Kosten für Windkraft, Solarenergie und Batterietechnik um 70 bis 80 Prozent gesunken. Das *Rocky Mountain Institute*, eine US-amerikanische Organisation zur Forschung im Bereich der nachhaltigen Entwicklung, hat berechnet, dass die Herstellung von Strom aus fossilen Energieträgern spätestens seit 2023 teurer ist als aus den Erneuerbaren. Dieser Umstand, gepaart mit der Tatsache, dass 86 Prozent der Weltbevölkerung in Ländern lebt, die bislang auf den Import von fossilen Brennstoffen angewiesen war und sich diese Kosten und die Abhängigkeiten künftig ersparen möchte, lässt ein weiteres rasantes Wachstum im Ausbau der erneuerbaren Energien erwarten. Dabei ist die Transformation hin zu den erneuerbaren Energien natürlich nicht umsonst zu haben. Lagen die weltweiten Investitionen im Jahr 2019 noch bei rund 500 Milliarden Dollar, stieg dieses Volumen im Jahr 2023 auf knapp 1,8 Billionen. Aber: Dieser Summe gegenüber stehen 1,3 Billionen Dollar pro Jahr allein an Subventionen für fossile Brennstoffe.

► Marktmacht

Bei allem Misstrauen gegenüber den markigen Worten von Politiker:innen über die Notwendigkeit neuer AKW, mögen sie mit einer anderen so gern formulierten These – „Der Markt wird's richten!“ – hier Recht behalten: Gegenüber den exponentiell immer günstiger werdenden Stromerzeugungskosten aus erneuerbaren Energien, haben immer teurer werdende Atomkraftwerke und die Verbrennung fossiler Energieträger immer weniger Chancen. Man darf vermuten, dass das auch allen Entscheidungsträgern und vor allem Atom-, Öl- und Kohleindustrie bekannt ist. Letztere lobbyiert gerade um ihr Leben.

Quellen
Rocky Mountain Institute
The Economist
IEA
Bloomberg NEF



Baustelle des AKW Hinkley Point C in Großbritannien

Explodierende Kosten Desaster Areas

Der deutsche Sonderweg bei der Energiewende ist teuer, aber erfolgreich. Bei Ländern, die auf Atomkraft setzen, sieht's anders aus. Dort ist der Weg auch teuer, aber er ist zusätzlich desaströs. Von Andreas Conradt

Kaum ein Tag vor der Bundestagswahl verging, kaum eine Woche nach ihr vergeht, ohne dass von irgendwem die Forderung nach dem Wiedereinstieg Deutschlands in die Nutzung der Atomkraft geäußert wird. Nur dadurch, so hieß und so heißt es im Lager rechts der SPD, sei die sichere Stromversorgung Deutschlands auf Dauer zu gewährleisten und würde „wieder bezahlbar“ werden, überhaupt lache sich das Ausland kaputt über Deutschlands Irrweg, aus Kohle und Atom gleichzeitig auszuweichen. Doch das Lachen könnte den Atom-Fans im In- und Ausland schon bald im Halse stecken bleiben. Mag's auch in anderen Branchen im Land kriseln – die Zeichen mehren sich, dass Deutschland mit der Energiewende ohne Atomkraft nicht den Irrweg betre-

ten, sondern den Königsweg eingeschlagen hat.

► Deutschland

Tatsächlich offenbart nämlich das auch hier unüberhörbare Werben um den Ausstieg aus dem Ausstieg eine gewisse Komik: Da stellen die Herren Söder, Merz und Lindner sowie Frau Weidel den Wiedereinstieg in Aussicht – und werden ausgerechnet von den Energieversorgungsunternehmen ausgebremst. „Der Rückbau-Status unserer fünf Kernkraftwerke ist praktisch gesehen irreversibel“, zitiert die *Augsburger Allgemeine* EnBW-Kernkraftchef Jörg Michels. „Eine Diskussion über die weitere Nutzung der Kernkraft hat sich für uns vor diesem Hintergrund erledigt.“ *Preussen Elekt-*

ra, der Betreiber von Isar 2, hatte schon in der Vergangenheit erklärt, dass eine Wiederaufnahme des Betriebs nicht ohne Weiteres möglich sei. „Für *Preussen Elektra* ist der Weiterbetrieb von Isar 2 kein Thema mehr. Der Rückbau hat begonnen, und die Anlage ist damit praktisch nicht mehr reaktivierbar.“ Auch Neubauprojekte sehen die Unternehmen offenbar skeptisch: „Die Energiewende ist mittlerweile ein weltweiter Trend, der auch in China und den USA ungebrochen fortschreitet“, so *e.on*-Chef Leonhard Birnbaum Ende Januar im *Handelsblatt*. „Es wird in Deutschland kein privates Unternehmen geben, das Geld in neue Kernkraftwerke investiert.“ Damit trifft Birnbaum genau den Punkt: Angesichts steigender Kosten, langwieriger Verfahren und

Bauzeiten und immer günstiger angebotenen Stroms aus erneuerbaren Energien private Investoren für den Bau neuer Atomkraftwerke zu finden, dürfte immer schwieriger werden – und das längst nicht nur in Deutschland.

► Schweden

Denn „Mehr Atomkraft“ war auch eine zentrale Wahlkampf-Forderung der vier Parteien, die heute für die Regierungspolitik in Schweden verantwortlich sind. Dass dies nicht so einfach und so billig wird, wie gedacht, zeigt sich mittlerweile daran, dass nicht einmal der staatseigene Konzern *Vattenfall* bereit ist, Kosten und Risiko allein zu tragen. Ohne staatliche Unterstützung seien neue Atomkraftwerke nicht möglich, berichten die Tageszeitungen *Aftonbladet* und *Dagens Industri*.

Inzwischen gibt es eine Kurskorrektur der Stockholmer Regierung hin zur Subventionierung. Doch selbst die zugesagte Kreditgarantie von rund 28 Milliarden Euro, wird nicht ausreichen, den Einstieg von Firmen jenseits des Staatskonzerns *Vattenfall* zu befördern.

Eine Vielzahl von Experten, Unternehmen und Behörden befürchtet schlicht, dass der geplante Kernkraftausbau zu teuer sein und die Entwicklung erneuerbarer Energien beeinträchtigen werde. Der erwartete Strompreis daraus könne fast doppelt so hoch liegen wie erwartet, meldete Ende letzten Jahres *Aftonbladet*.

► Frankreich

Während Schweden bislang nur plant und befürchtet, hat der französische Rechnungshof das bereits real existierende finanzielle Desaster bei den jüngsten Atomkraftwerken des Landes schon analysiert und die unüberschaubaren Risiken auf geplante Anlagen projiziert. Trotz staatlicher Unterstützung enttäuschte die Technologie in punkto Wirtschaftlichkeit, so die Prüfer:innen Anfang Januar. Von billiger Atomkraft könne keine Rede sein. Im Gegenteil: Der Rechnungshof bemängelt Mehrkosten und anhaltende finanzielle Risiken. Ausgelöst wurde die Prüfung übrigens durch die enormen Mehrkosten und die lange Bauzeit des Druckwasserreaktors EPR2 in Flamanville: 17 Jahre



Das finnische AKW Oikiluoto 3 ist mittlerweile fertiggestellt

nach Planungsbeginn hat das neueste AKW in Frankreich nicht die ursprünglich kalkulierten 3,3 Milliarden Euro gekostet, sondern satte 23,7 Milliarden. Da ist der Umstand, dass der Reaktor aktuell nur im Probetrieb laufen darf und schon bald – und für abermals viel Geld – ein schadhafter Reaktordeckel ersetzt werden muss, nur eine weitere Entscheidungshilfe potenzieller Investoren – gegen Atomkraft. Mittlerweile hat Frankreich die geplante Inbetriebnahme des ersten von sechs weiteren neuen Atomkraftwerken um drei Jahre auf 2038 verschoben.

► Großbritannien

Neben den Ambitionen in Schweden und Frankreich, entpuppt sich auch das Atomkraftwerk Hinkley Point C in Großbritannien als Kostenfalle. Nach massiv gestiegenen Baukosten, wurde schon Ende 2023 deutlich, dass auch die Kosten für den erzeugten Strom deutlich höher liegen als ursprünglich angenommen. „Nachdem sich zunächst die Kosten für den Bau des neuen Kernkraftwerks von 21 Milliarden auf rund 38 Milliarden Euro fast verdoppelt haben, wird jetzt klar, dass das Kraftwerk auch sehr teuren Strom produzieren wird“, so die Präsidentin des *Bundesverbands Erneuerbare Energie e.V.* (BEE), Dr. Simone Peter. Das *Internationale Wirtschaftsforum Regenerative Energien* geht von einem Herstellungspreis von weit über 15 Cent pro Kilowattstunde aus, erneuerbare Energien liegen mit deutlich unter 10 Cent weit darunter. Der chinesische Nuklearkonzern *China General Nuclear Power Group* (CGN) hatte schon Ende 2023 weitere Investitionen in das

im Bau befindliche AKW wegen starker Kostenüberschreitungen des Projekts eingestellt.

► Belgien

Interessant ist auch ein Blick nach Belgien, weil sich dort die Probleme einer Kehrtwende in der Atompolitik zeigen. Im Fukushima-Jahr 2011 fiel in Brüssel der Beschluss, die sieben AKW des Landes bis 2025 abzuschalten. Nach Putins Angriff auf die Ukraine gab es 2023 eine Korrektur, bei der für zwei der Reaktoren, Doel 4 und Tihange 3, eine Laufzeitverlängerung um zehn auf 50 Jahre Betriebszeit beschlossen wurde. Für die übrigen fünf blieb es beim Abschaltplan. Zuerst traf es 2022 respektive 2023 die wegen Sicherheitsfragen umstrittenen „Rissmeiler“ Tihange 2 und Doel 3, in diesem Jahr sind nun drei weitere Blöcke dran.

Der Betreiber der belgischen AKW, der französische Konzern *Engie*, sah die Laufzeitverlängerung der zwei AKW bis 2035 wegen Nachrüstkosten von geschätzt zwei Milliarden Euro und technischer Hürden lange kritisch. Er stimmte ihr dann doch zu, zumal es für den Weiterbetrieb staatliche Subventionen gibt. Forderungen der jüngst angetretenen Regierung unter dem flämischen Regionalisten Bart De Wever nach einer Verlängerung über 2035 hinaus und einer Prüfung, ob man die stillgelegten AKW wieder in Betrieb nehmen könne, wies das Unternehmen allerdings zurück. Eine Laufzeit über 2035 hinaus sei „undenkbar“, sagte *Engie*-Belgien-Chef Vincent Verbeke. Wenn der Staat so etwas wolle, müsse er die Meiler selbst betreiben.



Flamanville: Foto von 2010 – und immer noch nicht im Leistungsbetrieb

„Denjenigen, die glauben, Atomkraft sei billig, sage ich, dass das falsch ist“, betonte der Konzernchef. Die Atomkraft sei eine sehr teure Technologie, und es komme günstiger, den Ausbau der erneuerbaren Energien voranzutreiben.

► Niederlande

Und auch die Niederlande, wo es bisher nur ein AKW gibt, haben große Schwierigkeiten mit ihren Atomausbau-Plänen. Die dortige Regierungskoalition, der auch die rechtspopulistische PVV von Geert Wilders angehört, zielte wie bereits die Vorgängerregierung von Mark Rutte auf den Neubau von vier Reaktoren. Allerdings meldeten sich keine Investoren, die das Projekt umsetzen wollen. Klimaministerin Sophie Hermans teilte jetzt dem Parlament mit, es sei unrealistisch, dass bis 2035 auch nur eine neue Anlage entstehe. Dieser von der Politik vorgegebene Zeitrahmen sei zu ehrgeizig. Die Regierung hatte vorgesehen, Investoren mit Subventionen und Garantien anzulocken, gab das inzwischen jedoch auf. Das Verhältnis von Ertrag und Risiko für den Staat habe nicht mehr gestimmt, erläuterte Hermans. Die Regierung setzt nun auf eine Laufzeitverlängerung für das vorhandene AKW, das in dem Nordsee-Ort Borssele steht. Ob das technisch und finanziell sinnvoll ist, klären Fachleute derzeit ab.

► Polen

Selbst Polens von Atom-Fans als Musterbeispiel gefeierter, erstmaliger Einstieg in die Nukleartechnik wankt. Zwar laufen die Vorbereitungen für den Bau des ersten Atomkraftwerks und erst kürzlich erhielt der Investor *Polskie Elektrorownie Jadrowe* (PEJ) eine Zusage für staatliche Fördergelder in Höhe von umgerechnet 14,5 Milliarden Euro. Dies stellt jedoch nur etwa ein Drittel der geschätzten Ge-

samtkosten von 47 Milliarden Euro dar. Die Finanzierung des restlichen Betrags ist noch unklar. Es wird nun erwogen, dass der Staat zusätzliche Milliarden investiert und der Rest über Bankkredite auf dem freien Markt beschafft wird, wobei Staatsgarantien als Sicherheit dienen sollen. Doch dagegen hat Brüssel Bedenken: Mit dem Bau des ersten Atomreaktors in Polen könnte ein staatliches Energiemonopol entstehen, der Staat die Preise nach Belieben anpassen und damit den gesamten europäischen Energiemarkt destabilisieren. Regierungschef Donald Tusk könnte das negative Feedback aus Brüssel jedoch durchaus in die Karten spielen: Er handelte ähnlich wie alle Regierungen vor ihm in den letzten 30 Jahren und verschob die Umsetzung des Projekts „polnischer Atomreaktor“ in die Zukunft. Der Baubeginn ist nun nicht mehr für 2026, sondern erst für 2028 geplant, ans Netz gehen soll der Reaktor frühestens 2036, was als sehr optimistisch gilt. Bis dahin hat der Ausbau der verschiedenen Stromtrassen Priorität, die auch für die großen Offshore-Windparks in der Ostsee benötigt werden. Obwohl dies von Regierungsvertretern nicht offen zugegeben wird, ist ein durchaus realistisches Szenario, dass der private Ausbau von Photovoltaikanlagen zusammen mit den geplanten Offshore-Windparks den kostspieligen Bau von Atomkraftwerken bis dahin endgültig überflüssig macht.

► Finnland

Große Hoffnungen in den Ausbau der Atomkraft hatten Verbraucher vor allem in Finnland. Zunächst allerdings sorgten die Verspätungen und Kostensteigerungen des neuen EPR-Reaktors Olkiluoto-3 nicht nur in der Bilanz der Betreibergesellschaft TVO für rote Zahlen. Die nicht eingeplante Stromlücke musste in dieser Zeit auch

mit teurem Importstrom gedeckt werden. In den vergangenen zehn Jahren gaben finnische Haushalte netto durchweg mehr für den Strom aus, als Haushalte im Nachbarland Schweden in der teuersten der dortigen vier Strompreisregionen zahlen müssen. Doch billiger wurde es in Finnland trotz aller Steuersubventionen für die Atomkraft auch mit der Inbetriebnahme von Olkiluoto-3 vor knapp zwei Jahren nicht. Mehrere Studien kamen zum Ergebnis, dass der Atomstrom aus neugebauten Reaktoren keine Chance hat, jemals mit den Preisen erneuerbaren Stroms wie etwa aus Windenergie konkurrieren zu können. Das Problem aber: Die Fokussierung auf Atomkraft hat dazu geführt, dass Finnland das skandinavische Land mit dem geringsten Anteil Erneuerbarer an der Energieproduktion ist.

Die mit Atomstrom befassten finnischen Elektrizitätsunternehmen machten mittlerweile klar, dass sie nach Olkiluoto keine Investitionen in neue Atomenergieproduktion vorhaben. Ein weiteres Neubauprojekt namens Hanhikivi am nördlichen Ende des finnischen Meerbusens ist mittlerweile gestoppt worden.

► Fazit

Schweden, Finnland und Frankreich, England und Belgien, die Niederlande und Polen sind Länder, in denen die öffentliche Debatte um den Wiedereinstieg in die Atomkraft schon vor Jahren begann und deren Politik und Energieversorgungsunternehmen das große Wort von den kleinen Preisen und der CO₂-freien Produktion von Strom schwangen. Mittlerweile jedoch macht sich überall Ernüchterung breit und es zeichnet sich zunehmend ab, dass die Referentin der *Energiewerke Schönau*, Dr. Eva Stegen, recht behalten könnte. 2022 sagte sie in der *Gorleben Rundschau*, Deutschland steige „by design“ aus der Atomkraft aus, andere Länder, so prophezeite sie damals schon, folgten „by disaster“ – und das mit zunehmenden technischen und finanziellen Problemen.

Quellen

Augsburger Allgemeine, Aftonbladet, D. Industri
Preussen Elektra, e.on, Vattenfall, EnBW
EDF, CGN, Engie, TVO
Cour des Comptes, PEJ

Abwärtstrend der Atomkraft unaufhaltsam



Atomkraft hat keine Zukunft. Zu diesem Schluss kommt – zum wiederholten Mal – der Politikberater Mycle Schneider in der mittlerweile 19. Ausgabe des *World Nuclear Industry Status Report (WNISR)*.

Solarstrom in Kombination mit Speichern drängt die Kernkraft weltweit zurück. Dies hob der Politikberater Mycle Schneider bei der Vorstellung des *World Nuclear Industry Status Report 2024* bei der SPD-nahen *Friedrich-Ebert-Stiftung* hervor. Gemeinsam mit der Windenergie verhindere die Solarenergie bereits heute den kostspieligen Neubau von Kernkraftwerken und unterminiere zunehmend den Betrieb bestehender Reaktoren, konstatierte der Hauptautor der Studie in seinem Vortrag in Berlin.

Die absolute Atomstromproduktion nahm zwar weltweit nach Fukushima zunächst wieder zu, mündete in den vergangenen vier Jahren jedoch in ein Auf und Ab. China beeinflusste mit 51 neuen Kernkraftwerken seit 2005 den globalen Trend maßgeblich. Denn außerhalb Chinas standen im gleichen Zeitraum 53 neu ans Netz gegangenen Reaktoren 101 Schließungen gegenüber. Bei den 27 EU-Staaten zeige sich mit vier

Inbetriebnahmen und 35 Schließungen die Abkehr von der Atomkraft noch deutlicher. 101 Reaktoren waren hier 2024 noch am Netz. Ihre Nettobetriebskapazität belief sich auf 98 000 Megawatt – rund ein Viertel weniger als beim Höchststand im Jahr 2002.

Im Gegensatz zum kürzlich veröffentlichten Bericht der *Internationalen Energieagentur (IEA)*, die die Kernkraft im Aufwind sieht, ist für Schneider und seine Co-Autoren der fortschreitende Bedeutungsverlust dieser Energiequelle in der weltweiten Stromversorgung „unumkehrbar“. Die 2024er-Ausgabe des Reports, den die *Friedrich-Ebert-Stiftung*, die grüne *Heinrich-Böll-Stiftung* sowie das *Bundesamt für die Sicherheit der nuklearen Entsorgung (BASE)* und die *Technische Universität Berlin* finanziell unterstützt haben, lasse keine anderen Schlüsse zu.

Nicht zuletzt dank des weltweiten

Erneuerbaren-Booms zeigte der Anteil der Kernkraft an der weltweiten Bruttostromerzeugung seit 1996 einen deutlichen Abwärtstrend: von damals 17,5 Prozent auf 9,15 Prozent im Jahr 2023. China herausgerechnet, erreichte die Anzahl der sich in Bau befindlichen Reaktoren 2024 mit 32 ihren Tiefstand seit 2008.

Neben China baue nur noch Russland Kernkraftwerke „auf einem signifikanten Niveau“, allerdings nicht nur im eigenen Land, sondern vor allem im Ausland, erklärte Schneider. Hauptpartner mit je vier russischen Kernreaktoren sind China, Indien, Türkei und Ägypten. Auf dem amerikanischen Kontinent gebe es derzeit keine Bautätigkeit. Bei durchschnittlichen Bauzeiten für Kernkraftwerke von zehn Jahren ist daher auch dort bis Mitte der 2030-er Jahre unabhängig vom politischen Willen kein Ausbau der Kernkraft möglich, gab Politikberater Schneider zu bedenken.

Import von Strom ist positiv!

Nach dem Atom-Aus 2023 ist in der Bevölkerung der Eindruck entstanden, Deutschland sei auf den Import von Atomstrom aus Frankreich angewiesen. Doch das stimmt nicht. Von Andreas Conradt

Nach Abschalten der letzten drei Atomreaktoren Mitte April 2023 ist Deutschland zum Stromimporteur geworden. Laut der *Bundesnetzagentur* hat die Bundesrepublik seither mehr Strom importiert als exportiert. „Das sorgte für kontroverse Diskussionen. Dabei ist dies vor allem ein Zeichen für einen funktionierenden europäischen Strommarkt und sorgt für günstigen und klimafreundlichen Strom“, schreibt der Energie-Ökonom Andreas Fischer vom *Institut der deutschen Wirtschaft (IW)* in einem Gastbeitrag für *Focus online*.

Denn der hohe Anteil an Stromimporten in Deutschland ist nicht auf fehlende Produktionskapazitäten zurückzuführen, sondern vor allem auf die Art der Preisgestaltung. Die europäischen Strommärkte sind durch eine Marktkopplung verbunden, die der Nachfrage stets das günstigste Angebot zuweist. „Jedes Land produziert so viel Strom, wie der Algorithmus berechnet“, erklärt Bruno Burger, Senior Scientist am *Fraunhofer-Institut für solare Energiesysteme (ISE)*. Ist der hohe Stromimport also bedenklich? „Früher haben wir unsere Nachbarländer mit deutschem Strom versorgt, da wir günstigen Kohlestrom ins System einspeisten“, so Burger. Heute ist Kohlestrom aufgrund des gestiegenen CO₂-Preises teurer, und die höheren Importpreise für Steinkohle infolge des Ukrainekriegs kommen hinzu. Erfreulicher Effekt: 2024 war die Erzeugung von Strom in Deutschland durch Steinkohle um 31,2 Prozent und die durch Braunkohle um 8,8 Prozent geringer als 2023.

Im kommerziellen Außenhandel importierte Deutschland 2024 insgesamt 67,0 TWh (2023: 54,3 TWh) und exportierte 35,1 TWh (2023: 39,0 TWh). Im Vergleich zum Vorjahr sind die Importe um rund 23,2 Prozent gestiegen und die Exporte um 10,1 Prozent gesunken. Doch aus welchen Ländern bezieht Deutschland derzeit den meisten Strom? Handelt es sich hauptsächlich um Atomstrom oder erneuerbare Energien? Und inwiefern pro-



fitiert Deutschland vom europäischen Strommarkt?

Infolge des Atomausstiegs im April 2023 gab es Diskussionen darüber, ob Deutschland nun vermehrt französischen Atomstrom importiert, um die Lücke zu schließen. Die aktuellen Daten zeigen jedoch, dass Deutschland mehr Strom nach Frankreich exportiert als umgekehrt. Der größte Teil des importierten Stroms stammt aus skandinavischen Ländern wie Dänemark, Norwegen und Schweden, wo Wasserkraft und Windenergie dominieren. „Wir importieren Strom, wenn er günstig ist, also wenn in den Nachbarländern viel erneuerbare Energie produziert wird“, erklärt Fabian Huneke, Projektleiter im Strombereich des Think Tanks *Agora Energiewende*. Im vergangenen Jahr verzeichnete Deutschland Exportüberschüsse mit Österreich, Belgien und Luxemburg.

Eine Analyse der stündlichen Stromerzeugung und der Importdaten von *Agora Energiewende* zeigt, welche Energieform 2023 am häufigsten nach Deutschland geliefert wurde. Demnach wurde mit 12,6 Terawattstunden vor allem Atomstrom importiert, gefolgt von Wasserkraft (11,2 Terawattstunden) und Onshore-Windenergie (6,9 Terawattstunden). Das „Ergebnis“, dass Deutschland überwiegend Atomstrom importiert hat, zeigt sich jedoch nur, wenn die erneuerbaren Energien separat betrachtet werden. Fasst man alle regenerativen Energien zusammen, ergibt sich ein anderes Bild: Mehr als die Hälfte des importierten Stroms stammt aus

erneuerbaren Quellen, während weniger als ein Viertel aus Atomkraftwerken kommt. Das widerlegt erneut die Annahme, Deutschland importiere seit dem Atomausstieg vor allem Nuklearstrom aus dem Ausland.

Für die deutsche Energiewende ist der Stromhandel mit den Nachbarländern vorteilhaft, da im Inland Speicherkapazitäten fehlen. „Wir nutzen das Ausland als Stromspeicher“, sagt Forscher Burger. Wind- und Solarstrom werden nicht immer dann produziert, wenn der Bedarf am höchsten ist, nämlich morgens und abends. „Mittags erzeugt die Solarenergie mehr Strom, als verbraucht wird, den müssen wir bis zum Abend speichern. Nachts müssen wir günstigen Windstrom bis zum Morgen speichern“, erklärt Burger weiter. Strom zu „speichern“, bedeutet derzeit, ihn zu exportieren und bei Bedarf Ressourcen aus dem Ausland zu importieren. Langfristig müssen jedoch deutlich mehr Speicher gebaut werden: „Für die Energiewende benötigt Deutschland bis 2045 Speicherkapazitäten von 500 Gigawattstunden, das ist zehnmal so viel wie derzeit vorhanden.“

Fazit: Dass Deutschland dennoch hin und wieder Strom aus dem Ausland importiert, liegt einzig am offenen europäischen Markt und der Möglichkeit, den Strom dort zu beziehen, wo er gerade am günstigsten zu haben ist. Deutschland und die anderen europäischen Länder können so wechselseitig von den jeweils günstigsten Erzeugungsbedingungen profitieren. Mit einer Stromlücke hat das nichts zu tun.

Archäologie der
Republik Freies Wendland

Zu einer kritischen Archäologie
der Zeitgeschichte

Attila Dézsi | 2025

Paperback ISBN: 9789464280845
Hardback ISBN: 9789464280852 |

Verlag: Sidestone Press

Format: 210x280mm
446 Seiten
127 Fotos / Illustrationen

Bezug:

[https://www.sidestone.com/
books/archaeologie-der-republik-
freies-wendland](https://www.sidestone.com/books/archaeologie-der-republik-freies-wendland)

Online lesen: 0,00 €

E-Book: 20,00 €

Paperback: 65,00 €

Hardcover: 120,00 €



Zeitgeschichtliche Archäologie

Im Mai 1980 lebten mehr als 800 Personen vier Wochen lang nahe Gorleben im Protestcamp der *Freien Republik Wendland* und verhinderten so Bohrungen für das geplante Atommüll-Endlager im nahegelegenen Salzstock. Die Räumung des Lagers gegen den passiven Widerstand der Bewohnerinnen und Bewohner war der größte Polizeieinsatz der Nachkriegsgeschichte. Geblieben ist – bis heute – der Mythos der Freien Republik, nach der Nummerierung der Tiefenbohrstelle oft auch einfach als 1004 bezeichnet. Das Dorf blockierte für 33 Tage den Bauplatz für eine geologische Erkundungsbohrung – gleichzeitig war es jedoch mehr als ein reiner Ort des Protestes gegen Atomkraft und der Kritik an der einst

geplanten Atomanlage. Ein wichtiger Bestandteil des Ereignisses war der Entwurf von Alternativen im Protestdorf – zur Energieversorgung durch Atomkraft, aber auch zu politischen, sozialen und wirtschaftlichen Normen im Alltag des Kapitalismus Ende der 1970er-Jahre.

Im Rahmen seines zweijährigen Promotionsstipendiums der Graduiertenschule Geisteswissenschaften der *Universität Hamburg* hatte der damalige Doktorand Attila Dézsi zwischen Oktober 2016 und Anfang 2018 die Hinterlassenschaften der *Freien Republik Wendland* archäologisch untersucht. In Zusammenarbeit mit dem *Gorleben Archiv* wurde in dem Projekt rekonstruiert, wie das Camp aufgebaut war und vor

allem, wie der Alltag dort aussah. Die Ergebnisse hat Dézsi nun in einem Buch vorgelegt: *Archäologie der Republik Freies Wendland*. Es basiert auf seiner Dissertation aus dem Jahr 2023.

Neben den grundlegenden und speziellen Ausführungen zur zeitgeschichtlichen Archäologie, ist das Buch gerade für diejenigen interessant, die 1980 nicht bei der Platzbesetzung dabei waren. Im Kapitel 6.6 werden über viele Seiten die Infrastruktur des Dorfes sowie die Organisationsform der dort lebenden Gesellschaft beschrieben.

Wer heute verstehen will, wo der im Wendland immer noch spürbare Geist der Freien Republik herrührt, kommt an Attila Dézsis Buch nicht vorbei.

Gorleben ist überall: In Frankreich heißt es Bure

In hügeliger Kulturlandschaft im südlichen Lothringen liegt das beschauliche Dörfchen Bure mit seinen knapp 100 Einwohnern. Gut 140 Kilometer sind es von Bure bis zur deutschen Grenze im Saarland. Und hier, so wurde vom Staat entschieden, soll das französische Endlager für radioaktive Abfälle entstehen. Unter dem liebevollen Namen *Cigéo* (Centre industriel de stockage géologique). Von Henrik Stern



Im lothringischen Bure plant die französische Regierung ein Endlager für radioaktive Abfälle einzurichten

Die Ausmaße eines solchen Lagers sind im Atomstaat Frankreich andere als bei uns. Nicht nur die über 80 000 Kubikmeter der schon vorhandenen radioaktiven Abfälle sollen dort eingelagert werden, sondern auch alles was in Zukunft noch anfällt. Und die 58 französischen Reaktoren produzieren täglich munter weiter... Das wären 100 Jahre lang zwei Castortransporte wöchentlich von der Wiederaufbereitungsanlage in La Hague bis nach Bure. Eingelagert wird dann allerdings aus

den Castorbehälter, was wiederum durch die nicht mehr vorhandene Strahlenabschirmung die festgeschriebene Rückholbarkeit extrem erschwert und auch etwaige Unfälle nicht mehr händelbar macht. Bis zum Verschließen des Bergwerkes wird in rund 300 Kilometern Stollen in 500 Metern Tiefe inmitten einer 130 Meter mächtigen Tonschicht („Callovium Oxfordium“) über 100 Jahre lang gearbeitet werden. Verantwortlich dafür ist, als staatliche Agentur zur Entsorgung von radioaktivem Müll, die ANDRA. Die-

se wurde gerade erst von der französischen Atomaufsicht im laufenden Genehmigungsverfahren abgemahnt. Es ging darum, dass verwendete Materialien unter den gegebenen Umständen explosive Gase entstehen lassen, die permanent abgelüftet werden müssten. Diese Belüftung steht dann aber wiederum einer erfolgreichen Brandbekämpfung im Wege. Das Dilemma wurde von Betreiberseite bis dato ignoriert, obgleich es eine schon seit langem geäußerte Kritik war.

Auch sonst wird dem Kenner der Geschichte Gorlebens einiges in der Historie zur Entstehung von Bure bekannt vorkommen. 25 Orte in Frankreich sollten dereinst verglichen werden. 24 wollten nicht und so wurde kurzerhand im einzig übrigbleibenden Ort Bure ein tiefeingeologisches Forschungslabor eingerichtet. Seitdem wird hier Schritt für Schritt das Endlager manifestiert und, meist nachträglich, dann auch legalisiert. Auf die französische Art. Zentralistisch, von oben herab und mit viel, viel Polizei.

So verabschiedete im Juli 2016 die französische Nationalversammlung ein Gesetz, das den legalen Übergang vom Labor zum Endlagerprojekt Cigéo darstellt. Der Abgeordnete Christophe Bouillon, der die Gesetzesvorlage im nahezu leeren Plenarsaal präsentierte, ist gleichzeitig Vorsitzender des Verwaltungsrates der Atommüllbehörde ANDRA. Der Gesetzestext spricht von einer industriellen Pilotphase von 2018 bis 2034. Während dieser Phase soll die wesentliche Infrastruktur gebaut werden: eine Bahnstation, ein Gebäude für die Anlieferung und für die Konditionierung des Abfalls, eine doppelte Rampenstrecke, auf der mittels einer Bergbahn die tonnenschweren Behälter untertage verbracht werden und das Auffahren der ersten 40 Kilometer. „Pilotphase“ würde ja eigentlich bedeuten, dass dann zum Abschluss geprüft und dann erst endgültig entschieden wird. Schwer zu glauben. Erst recht, wenn nicht mal an einem Plan B gearbeitet wird.

Das alles und noch viel mehr bietet natürlich ausreichend Angriffsfläche für den Widerstand. Nur hat die Kernenergie in Frankreich mehr Rückhalt in der Bevölkerung als hierzulande und die geringe Bevölkerungsdichte in und

um Bure machen das Ganze auch nicht leichter. Trotzdem hat sich in der Gegend ein kreativer, vielfältiger Widerstand etabliert. So konnte mitten in Bure ein deutsches Pärchen zu „Urlaubszwecken“ ein Haus kaufen, das jetzt schon seit vielen Jahren als Infohäuschen und Treffpunkt dient, das „Maison de résistance“. Es gab Waldbesetzungen, Protestcamps, Infoveranstaltungen und wie so oft einen Schulterchluss zwischen Alteingesessenen und jungen Zugezogenen.

Auch der alte Bahnhof von Luméville-en-Ornois an einer längst stillgelegten Bahnstrecke konnte in den Zweitausenderjahren von Aktivisten erworben werden und befindet sich jetzt in Vereinshand. Das rund acht Hektar große Gelände liegt idyllisch zwischen Luméville und Mandres-en-Barrois und wird das ganze Jahr über von den „Eulen“ bewohnt, wie sich die Aktivist:innen passend zur Szenerie nennen. Ein altes Windrad dreht sich munter über dem Gelände. An einer der Bahnhofsrüden wird gerade fleißig gewerkelt, die andere wurde schon um- und ausgebaut. Es gibt eine große Küche, eine Bibliothek, einen Gemeinschafts- und Aufenthaltsraum, große Schlafsäle und Toiletten. Eingebettet in ein wieder ergrüntes Bahngelände, sprießen neben Büschen und Bäumen auch die wundersamsten Hütten aus dem Boden. Hier fanden nicht nur Camps statt, über dieses Gelände wird auch auf eben jener alten Bahntrasse die Zuganbindung für die Castortransporte nach Bure geplant. Kaufangebote wurden natürlich abgelehnt. Und so kam, was kommen musste: Ein Enteignungsprozess wurde eingeleitet. Der läuft auch immer noch, und aller Voraussicht nach wird der französische Staat noch dieses Jahr das Grundstück räumen und seiner Atommaschinerie einverleiben. Bis dahin ist auf dem Gelände noch einiges geplant. So viel, dass die Bewohner jede Unterstützung gebrauchen können:

Informiert Euch auf bureburebure.info (auch auf Deutsch) über den aktuellen Stand vor Ort und die Möglichkeiten zur Unterstützung. Auch Spenden sind willkommen. Ihr könnt über das Konto der Bürgerinitiative (siehe Rückseite dieses Heftes ganz unten) unter dem Stichwort „Bure“ direkt für das Projekt spenden.





Brigitte Behrens † 17. März

„...egal, wie schwierig unsere Herausforderung aussieht, das darf uns nicht davon abhalten, auch große Visionen zu verfolgen. Wir müssen es wenigstens versuchen“, sagte Brigitte Behrens 2015. Nun ist sie in Hamburg gestorben. Ein Nachruf von Mathias Edler

Castortransport nach Gorleben 1997: 20 000 Polizisten gegen ebenso viele Demonstranten, allein 9000 Sitzblockierer vor dem Castor-Verladekran in Dannenberg. In den Leitmedien dominieren trotzdem Bilder von angeblich gewalttätigen Ausschreitungen und den fast 700 Festnahmen. Über 400 verletzte Demonstranten, 30 davon schwer, sprechen eine klare Sprache. Bundesinnenminister Manfred Kanther erklärt die Demonstranten zum „unappetitlichen Pack“, weiträumige Demonstrationsverbote, Hausdurchsuchungen, Telefonüberwachung, Peilsender unterm Auto sind seit Wochen Alltag im Wendland. Ermittlungsverfahren wegen angeblicher Bildung einer terroristischen Vereinigung sollen die Protestierenden in die Nähe der RAF rücken. Ein aufmerksamer Anwalt vereitelt den Versuch, dem BI-Vorstand Sprengstoff unter zu schieben. Es geht um die „Entsorgung“ der radioaktiven Abfälle und damit um nicht weniger als die Zukunft der Atomenergie in der Bundesrepublik. Dafür scheinen dem Staat alle Mittel Recht zu sein. Diese Erfahrungen lassen für den nächsten Castortransport 2001 nichts Gutes erwarten, und tatsächlich erreicht die Kriminalisierung des Protests gegen die Atomtransporte nach Gorleben bereits im Vorfeld einen neuen Höhepunkt. Politiker beschwören bürgerkriegsähnliche Zustände, flankiert von bundesweiten Hausdurchsuchungen bei Atomkraftgegnern wegen angeblicher Bahnanschläge. In dieser Situation beschließt die größte Umweltorganisation in Deutschland, sich ab sofort aktiv

an den Protesten im Wendland zu beteiligen: 45 Greenpeace-Aktivistinnen aus 15 Ländern entern per Schlauchboot und mit Spezialleitern die Eisenbahnbrücke bei Seerau/Hitzacker und besetzen die Castortransportstrecke für sechs Stunden. Medien berichten über den „unverhältnismäßigen Polizeieinsatz“ mit Faustschlägen in die Gesichter der gewaltfreien Greenpeace-Aktivistinnen.

Als Geschäftsführerin von Greenpeace Deutschland trifft Brigitte Behrens 2001 die Entscheidung, nach Gorleben zu gehen, trotz der Kriminalisierung und der medialen Hetze, und sie übernimmt dafür auch juristisch als Person die Verantwortung. Zu einem Zeitpunkt, als beileibe nicht absehbar ist, wie die Gorleben-Geschichte ausgeht. Und sie ist als Aktivistin 2001 an der Straßentransportstrecke bei Quickborn selbst dabei – wie immer, ohne sich ins Rampenlicht zu drängen.

Bis zu den spektakulären Aktionen 2010, als Aktivistinnen es schafften, sich mit einem umgebauten Bier-LKW direkt vor dem Castorverladekran an der Straße festzuketten oder beim letzten Castortransport nach Gorleben 2011, als sieben Aktivistinnen sich in einem Betonblock auf der Bahnschienen bei Lüneburg festketteten, ist Greenpeace Teil des Protests im Wendland – und hat überregional dazu beigetragen, die Feindbilder von den angeblich gewalttätigen Chaoten zu entlarven. Und am Ende die Transporte nach Gorleben zu stoppen.

Brigitte studierte Soziologie in Hamburg, war Mitgründerin des ersten Kommunikationszentrums nur für Frauen in der Hansestadt

und schloss sich früh dem Anti-Atom-Protest gegen ein neues AKW in Brokdorf an. 1985 bewarb sie sich im Hamburger Greenpeace-Büro und wurde ein Jahr später Assistentin der Geschäftsführung. 1999 übernahm sie die alleinige Geschäftsführung, seit 2002 stand ihr mit Roland Hipp als Kampagnengeschäftsführer ebenfalls ein engagierter Atomgegner zur Seite. Der Kampf gegen Atomkraft war beiden immer ein Herzensanliegen.

Und der wurde im Wendland mit der Unterstützung von Greenpeace jetzt fortan auf vielen Ebenen geführt: Die zahlreichen Klagen gegen das geplante Endlager für hochradioaktiven Atommüll im Salzstock Gorleben zusammen mit Andreas Graf von Bernstorff und der *Rechtshilfe Gorleben*. Die Aufdeckung der Lügen der Atomindustrie mit der Einsicht in die Gorleben-Akten bei Ministerien und Behörden in Bund und Land in 2010. Die juristische Begleitung des Standortauswahlgesetzes, demzufolge Gorleben als Endlager tatsächlich 2020 ausscheiden sollte. Das Greenpeace-Schiff *Beluga*, von dem aus einst die Tauchgänge zu Messungen am Abwasserrohr der WAA in La Hague starteten, landete 2013 über Nacht dort, wo auch der Müll aus der WAA in Castorbehältern angeliefert wurde: als Mahnmal im Wald von Gorleben. Die Unterstützung des *Gorleben Archivs* in Lüchow mit Geld und Knowhow. All das wäre ohne Brigitte und Greenpeace so nicht möglich gewesen. Mit ruhiger Hand und immer interessiert an den Menschen, die ihr gegenüber standen, hat Brigitte bis zu ihrem Ausscheiden 2016 Greenpeace geprägt. Für uns Aktivistinnen und Kampagner war sie der sichere Rückhalt, denn sie hätte alles getan, um uns aus brenzligen Situationen beispielsweise in Russland herauszuholen.

„Mein Traum ist, zu erleben, wie das letzte deutsche Atomkraftwerk vom Netz geht“, sagte Brigitte einmal. Der Wunsch wurde ihr erfüllt. Auch das Aus für die seit 1976 bestehenden Endlagerpläne im Salzstock Gorleben haben wir im September 2020 zusammen gefeiert. Das Wendland hat dieser klugen Frau, die sich nie in den Vordergrund gedrängt hat, eine Menge zu verdanken. Am 17. März 2025 ist Brigitte im Alter von 73 Jahren in Hamburg gestorben.



Wohl jede:r kennt das Bild vom Turm auf 1004, an dem das Transpi „Turm und Dorf könnt ihr zerstören, aber nicht unsere Kraft, die es schuf!“ hängt. Hier ist der andere Turm der Republik Freies Wendland zu sehen – kurz vor der Zerstörung durch Polizei und Räumfahrzeuge am 4. Juni 1980.

Bürgerinitiative Umweltschutz
Lüchow-Dannenberg e. V.
Rosenstraße 20 • 29439 Lüchow

Mo – Mi: 10 – 15 Uhr • Do: 12 – 18 Uhr • Fr: geschlossen

☎ 05841 - 4684

buero@bi-luechow-dannenberg.de

www.bi-luechow-dannenberg.de



Solidary & Resistance

Gemeinsam für Vielfalt – gegen den Rechtsruck!

<https://kulturelle-widerstandspartei.de>

Soli-Festival | Pfingstfreitag | 6. Juni 2025 | ab 14 Uhr Gorleben | an der Beluga

**Le Fly | Hundreds | Liedfett | Laturb | Moritz Neumeier
Gute Katze Böse Katze | JackPott | The Donna | Knarf Rellöm
Jörn | Trash*Dance | Burning Dragons | Didine | Tazio Müller | Adenauer SRP+
Polit-Stände | Workshops | Kinderprogramm: KRASS e.V. Lüneburg**

Name Vorname

Straße Hausnummer

PLZ, Ort E-Mail

Datum Unterschrift

Ich möchte eins von über 1000 Mitgliedern der BI werden. Bitte schicken Sie den Aufnahmeantrag per Post oder E-Mail (Jahresbeitrag Standard: € 50; Familie: € 60; reduziert: € 15).

Ich möchte die „Gorleben Rundschau“ künftig regelmäßig (4 x im Jahr) und weiteres Infomaterial unregelmäßig zugeschickt bekommen (jew. kostenlos).

Ich unterstütze Sie mit einer (regelmäßigen) Spende. Bitte buchen Sie von meinem Konto ab:

einmalig EUR

monatlich EUR

Kontoinhaber Name der Bank

BIC IBAN

Ich möchte Ihnen meine Spende lieber per Überweisung oder Dauerauftrag zukommen lassen:

BI Umweltschutz Lüchow-Dannenberg e.V. • Sparkasse Uelzen Lüchow-Dannenberg

IBAN: DE24 2585 0110 0044 0607 21 • BIC: NOLADE21UEL

Bitte das ausgefüllte Formular per Post an die oben genannte Adresse schicken.